



LEITANTRAG

DER BUNDESPROGRAMMKOMMISSION

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 10. EUROPÄISCHEN PARLAMENT

zur Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg

29. bis 30. Juli

&

4. bis 6. August 2023

MESSE Magdeburg

Tessenowstraße 9a | 39114 Magdeburg

Stand: 14. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

Präambel	6
Ein Europa der Nationen	9
Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt.....	9
Das EU-Projekt ist gescheitert	10
Ein Bund europäischer Nationen	11
Freiheit und Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten.....	11
Binnenmarkt mit Ziellandprinzip.....	12
Ein gemeinsamer Außengrenzenschutz: Festung Europa	12
Der Weg zum Bund europäischer Nationen.....	12
Volksabstimmungen zu EU auf Bundesebene	12
EU-Parlament abschaffen	13
Die EU – Zentralismus und Bürokratie	13
Ein neutraler Kompetenzgerichtshof.....	13
Lobbyismus, Korruption und Bereicherung	14
Information und Transparenz.....	14
Fundamentalistischer Islam – Gefahr für Europa	16
Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen	17
Die Identität der Nationen bewahren	18
Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik.....	19
Der Schutz vor Straftätern und Gefährdern ist unabdingbar	20
Deutschlands Kontrollverlust beenden.....	20
Änderung des Schengener Abkommens	21
Innere Sicherheit und Justiz sind nationale Aufgaben.....	22
Islamistische Terrorpotentiale abwehren und bekämpfen	22
Festung Europa.....	23
Die künftige Rolle der EU: Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei.....	
Grenzschutz, Rückführung und Hilfe vor Ort	24
Remigration und Fit4Return statt Talentabwerbung	25
Grenzschutz ist Bürgerschutz.....	25
EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren – Missbrauch beenden	26
Verteidigung gegen Migration als Mittel der hybriden Kriegsführung.....	27

Kontrolle statt Menschenhandel	27
Qualifizierte Zuwanderung nach japanischem Vorbild.....	27
Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren.....	29
Wettbewerb statt Bürokratie	29
Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechniken fördern	31
Qualitätsstandards sichern	31
Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien.....	31
Zuwanderung von Arbeitskräften.....	32
Niederlassungsfreiheit.....	32
EU und Sozialpolitik	33
Sozialleistungen für EU-Ausländer	33
Keine europäische Sozialunion	34
Steuern und Finanzen.....	35
Besteuerung von Großkonzernen.....	35
Internationale Unternehmensbesteuerung	35
Keine EU-Steuern	36
Verhinderung von Steuerdumping	36
Verbrauchsteuerrecht bei den Mitgliedstaaten belassen.....	36
Finanztransaktionssteuer.....	37
Marktwirtschaft statt CO ₂ -Bepreisung	37
Regionen stärken	37
EU-Haushalt verkleinern	38
Reform der EU-Eigenmittel.....	38
Geld- und Währungspolitik: Der Euro ist gescheitert	40
Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden in Europa	
durch Wiedereinführung nationaler Währungen	40
Transferunion aufkündigen.....	41
Beendigung der vertragswidrigen und planwirtschaftlichen Politik von EZB	
und EU-Kommission	41
Keine Schuldenaufnahme durch die EU - Rettungskredite nur auf	
nationaler Ebene und nur für nationale Investitionen	42
Erhalt des Bargelds	43
Keine deutsche Haftung für ausländische Banken.....	44

Target-2-Risiko beenden.....	45
Schutz gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, Staatsgold zurück nach Deutschland holen.....	45
Außenpolitik.....	47
Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen.....	47
Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen.....	48
USA.....	48
Russland	49
China.....	49
Europäischer Nachbarraum	50
Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.....	50
Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische Selbstständigkeit	50
Europas im neuen Zeitalter	50
Deutscher Beitrag zur europäischen Sicherheit.....	51
Erhalt und Ausbau der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie	51
Außenhandelspolitik.....	52
Entwicklungspolitik	53
Auswärtige Kulturpolitik.....	53
Verkehr	55
Motorisierten Individualverkehr schützen.....	55
Europäische Verkehrsverbindungen stärken	55
Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern	56
Europäischen Schienenverkehr für die Zukunft ertüchtigen	56
Güterkraftverkehr ohne Lohn- und Sozialdumping	56
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken.....	57
Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	57
Bauen und Wohnen.....	59
Keine EU-Zuständigkeit für Bauen und Wohnen	59
Finanzierung, Förderung und Migration	60
Infrastruktur	60
Ideologiefreie Raumplanung und -nutzung.....	60

Gleichberechtigung von Stadt und Land.....	61
Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl, Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz	62
Förderung von Landwirtschaft und ländlichem Raum	62
Waldpflege und Forstwirtschaft	64
Tierschutz und Tierwohl	65
Jagd, Hege und Artenschutz	66
Windkraftindustrie gegen Arten- und Landschaftsschutz.....	67
Gewässerschutz.....	67
Verbraucherschutz.....	68
Klima, Energie und Digitalisierung	69
Keine ökosozialistische Umverteilung: "Fit für 55"	70
CO ₂ -Steuer, Klimawahn und Grenzwerte.....	71
Energie	72
Digitalisierung	73
Für einen bürgerfreundlichen Datenschutz	75
Gesundheitspolitik	76
Krankenhäuser nicht weiter privatisieren	76
Arzneimittelversorgung sichern	77
Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender Mainstreaming“	77
Keine allgemeine Impfpflicht.....	78
Stopp aller Corona-Impfungen.....	79
Den Beruf des Heilpraktikers bewahren	79
Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal einsetzen.....	80
Medizintechnik.....	80
Missbrauch von medizinischen Daten verhindern.....	81
Familienpolitik	82
Familie und Demografie.....	82
Kinder sind sinnstiftend, bereichernd und lebensnotwendig.....	82
Eigenverantwortung der Familien stärken	83
Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen.....	83
Abtreibungen müssen zur Ausnahme werden	84

Gender-Ideologie stoppen.....	84
Kindergeld nach Bedarf.....	85
Bildung und Forschung.....	86
Nein zum „Europäischen Bildungsraum“	86
Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und.....	
Lehre wiederherstellen	86
Duale Ausbildung, Meisterprüfung und duales Studium stärken	87
"Inklusion" – aber richtig.....	87
Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und	
Jugendliche verhindern.....	88
Digitalisierung mit Verstand und Augenmaß	88
Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und andere	89
Kulturpolitik.....	91
Kulturhoheit der Nationen verteidigen.....	91
Kulturerbe bewahren	91
Keine Schuld- und Schamkultur.....	92
Für Freiheit und Unabhängigkeit der sozialen Medien.....	92

1 Präambel

2 Im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Deutschlands und Europas
3 Zukunft hat die Alternative für Deutschland das folgende Programm zur Wahl des
4 10. Europäischen Parlaments beschlossen:

5
6 Die AfD steht zu der Idee eines Europas der Vaterländer, einer europäischen
7 Gemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger
8 in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser erledigt
9 werden können. Die EU und die sie tragenden globalistisch eingestellten Eliten
10 haben sich von dieser Ursprungsidee der Gründerväter einer europäischen
11 Gemeinschaft vor vielen Jahren verabschiedet. Der Wendepunkt waren die
12 Lissabonner Verträge. Im Jahr 2005 war der abenteuerliche Versuch einer sich
13 selbst formierenden Eurokratie gescheitert, einen “Europäischen
14 Verfassungsvertrag” abzuschließen, mit dem durch einen multilateralen
15 völkerrechtlichen Vertrag eine “Europäische Verfassung” geboren werden sollte,
16 die alles nationalstaatliche Recht dominiert hätte. Zum Glück haben
17 Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden diesem
18 rechtshistorisch beispiellosen Vorgang ein Ende bereitet. Die anschließend
19 konzipierten Lissabonner Verträge sind nahezu inhaltsgleich, haben jedoch in
20 Frankreich und den Niederlanden keine plebiszitären Hürden nehmen müssen.
21 In Dänemark wurde jedoch durch Volksabstimmung festgelegt, dass das Land
22 nicht der Eurozone beitreten darf und nicht am europäischen Asylsystem
23 teilnimmt.

24
25 Durch die Ratifizierung der Lissabonner Verträge mit Wirkung für das Jahr 2008
26 ist es all denen, die das wollen, gelungen, dem Ziel der Abschaffung der
27 souveränen Nationalstaaten zugunsten eines EU-Superstaates sehr nahe zu
28 kommen. Dieser Versuch, aus den derzeit 28 oder noch mehr Staaten mit jeweils
29 eigenen Sprachen, Kulturen, stark differierenden Volkswirtschaften und vielen

30 unterschiedlichen historischen Erfahrungen einen im Wesentlichen
31 einheitlichen Gesamtstaat zu bilden, muss jedoch scheitern.

32 Die Weiterentwicklung der schon jetzt undemokratischen Strukturen der EU zu
33 einem „europäischen Bundesstaat“, den sich auch die derzeitige
34 Bundesregierung im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt hat, lehnen wir ab. Ein
35 solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche
36 Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für
37 gelingende Staaten sind. Die mahnenden Worte aus der Präambel unseres
38 Wahlprogramms zur Europawahl 2014 gelten weiter:

39

40 *„So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf*
41 *Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen*
42 *und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von*
43 *Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch*
44 *stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung der EU.“*

45

46 Unsere Geduld mit der EU ist erschöpft. Wir streben daher die geordnete
47 Auflösung der EU an und wollen statt ihrer eine neue europäische Wirtschafts-
48 und Interessengemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen.

49

50 Die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung für
51 wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte und strukturierte Staaten ist
52 gescheitert. Es handelte sich um eine politische Wunschvorstellung, die mit
53 ökonomischen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen war und auch für die
54 Zukunft nicht in Einklang gebracht werden kann. Die deshalb vielfach bereits
55 praktizierte und sich weiter abzeichnende Transferunion führt zum Abstieg aller
56 europäischen Volkswirtschaften und zu unüberbrückbaren Konflikten zwischen
57 den Staaten.

58

59 Ein vergleichbares Versagen der EU zeigt sich in der Migrationskrise. Obwohl in
60 den Gründungsverträgen das innere und äußere Grenzregime der EU-Staaten
61 und die Asyl- und Einwanderungspolitik an die EU übertragen worden sind, ist für

62 die vorhersehbaren Migrationsprobleme seit vielen Jahren keine Lösungen
63 geschaffen worden.

64

65 Eine weitere, grundsätzliche Fehlentwicklung ist in der Klima- und Energiepolitik
66 auszumachen, die sich allein auf die Hypothese des menschengemachten
67 Klimawandels stützt, um auf dieser Basis in alle Lebensbereiche regelnd
68 einzugreifen.

69

70 Da die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen unmittelbare und
71 schwerste Folgen für die Bürger unseres Landes haben, fordern wir, über alle
72 Grundfragen der EU durch nationale Volksabstimmungen zu entscheiden. Auch
73 über die eigentliche Frage des Verbleibs Deutschlands in einer sich zum
74 Einheitsstaat wandelnden EU muss das Volk, der Souverän unseres Staates, nach
75 dem Vorbild anderer Mitgliedstaaten in einer Volksabstimmung entscheiden.

76

Ein Europa der Nationen

77 **Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt**

78 Die EU ist undemokratisch, da das Europäische Parlament nicht nach dem
79 urdemokratischen Prinzip des gleichen Stimmgewichts für jeden Wähler gewählt
80 wird. Der Art. 14 Abs. 2 Satz 3 EUV legt stattdessen einen „degressiv
81 proportionalen“ Wahlmodus fest, der zu großen Unterschieden des
82 Stimmgewichts innerhalb der Wählerschaft führt. Je kleiner das Land, desto
83 größer ist das Gewicht der einzelnen Wählerstimme.

84

85 Der Rat als das wichtigste Legislativorgan der EU besteht aus Mitgliedern, die
86 gleichzeitig Mitglieder nationaler Exekutivorgane sind. Auch dies stellt einen
87 Verstoß gegen ein Fundamentalprinzip jeder Demokratie dar, nämlich die
88 Gewaltenteilung.

89

90 Der Europäische Gerichtshof setzt sich mittels der “Lehre vom Vorrang des
91 Unionsrechts” eigenmächtig über die Verfassungen und Verfassungsgerichte der
92 Mitgliedstaaten hinweg. Dafür gibt es keine Grundlage in den Verträgen. Zudem
93 versteht er sich als Motor der Integration und nicht nur als Streitschlichter.

94 Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung eines
95 Mehrheitsprinzips sind mit der Natur der Europäischen Union als
96 Staatenverbund nicht vereinbar. Das Mehrheitsprinzip hebt die Souveränität
97 der Staaten aus.

98

99 Alle Maßnahmen der sog. Euro-Rettung verstoßen gegen das vertragsrechtliche
100 Verbot der Kreditfinanzierung von EU-Staaten nach Art. 123 AEUV und das
101 vertragsrechtliche Hilfeverbot („no bail out“-Klausel) des Art. 125 AEUV. So
102 vollzogen beim Schuldenerlass und den Finanzhilfen für Griechenland im Jahre
103 2012 und der unkonditionierten Geldverteilung an alle EU-Staaten gemäß dem
104 “Wiederaufbauprogramm für Europa” (NextGenerationEU) im Jahr 2022 aus dem
105 EU-Haushalt. Deren Tilgung wird überproportional den Nettozahlern unter den
106 Euro-Mitgliedstaaten aufgebürdet, die unterproportional Mittel erhalten haben.

107 Während der Binnenmarkt in der EWG prosperierte und Wohlstand für alle
108 beteiligten Staaten geschaffen hatte, wird unter EU-Regime die internationale
109 Wettbewerbsfähigkeit zunehmend durch eine Überregulierung der EU und die
110 gemeinsame Währung der Eurozone erdrosselt.

111 **Das EU-Projekt ist gescheitert**

112 Die EU hat sich zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das immer
113 mehr Gewalt an sich zieht und von einer intransparenten, nicht kontrollierten
114 Bürokratie regiert wird.

115

116 Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der
117 Volkssouveränität ausgehöhlt. Der Versuch, funktionierende demokratische
118 Nationalstaaten aufzulösen und durch eine Art europäischen Superstaat zu
119 ersetzen, ist zum Scheitern verurteilt. Die Vielfalt der europäischen Kulturen und
120 Sprachen ist das Ergebnis jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklungen.
121 Sie ist identitätsstiftend für uns alle. Es ist illusorisch, die nationalen Identitäten
122 durch eine "europäische Identität" ersetzen zu wollen. Weder gibt es ein
123 europäisches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben eine Grundvoraussetzung
124 wäre, noch sind Anzeichen erkennbar, dass sich ein solches Staatsvolk
125 herausbilden wird. Schon die stark unterschiedlichen Nationalsprachen
126 verhindern dies.

127

128 Wir lehnen eine EU ab, die sich zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und
129 einer eigenen Regierung aufschwingen will, ebenso die Idee der „Vereinigten
130 Staaten von Europa“. Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer
131 Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und
132 bewahrt werden.

133

134 Da die EU, auch wegen des Einstimmigkeitsprinzips aller Mitgliedstaaten, nicht
135 im Sinne der AfD reformierbar ist, treten wir für die Neugründung einer
136 europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein.

137 **Ein Bund europäischer Nationen**

138 Die Völker Europas sind durch gemeinsame Geschichte und ihre Orientierung an
139 gemeinsamen humanitären Werten des Zusammenlebens miteinander
140 verbunden. Insbesondere die griechische Kultur, das römische Recht, das
141 Christentum und die Aufklärung haben eine prägende Wirkung für alle
142 europäischen Völker entfaltet. Dazu gehören auch die Trennung von geistlicher
143 und weltlicher Gewalt sowie die freie Entwicklung von Wissenschaft und Kunst,
144 die die Grundlagen für die Führungsrolle Europas in der Welt seit dem Beginn der
145 Neuzeit.

146

147 Angesichts der Tatsache, dass die EU nicht reformierbar ist, treten wir für die
148 Gründung eines Bundes europäischer Nation ein. Die Entscheidung über eine
149 neue Form des Zusammenlebens der Völker in Europa darf in Deutschland nach
150 Vorstellung der AfD nur durch eine Volksabstimmung entschieden werden.

151 **Freiheit und Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten**

152 Eine Einschränkung der Souveränität jedes europäischen Staates durch Belange
153 der neu zu schaffenden Gemeinschaft wird ausgeschlossen, ebenso die
154 Etablierung von Gemeinschaftsnormen, die über den nationalen Verfassungen
155 stehen. Grundsätzlich soll Vertragsfreiheit für jeden Staat und jeden einzelnen
156 Politikbereich auf völkerrechtlicher Basis mit einem geregelten Austrittsrecht
157 gelten. So wird sichergestellt, dass Verträge nur dann geschlossen werden und
158 fortbestehen, solange sie für alle Vertragspartner von Vorteil sind und deren
159 Souveränität dabei nicht unangemessen und auf Dauer einschränken.

160 Auch bei allen zwischenstaatlichen Verträgen ist Transparenz das oberste Gebot
161 staatlicher Aktivitäten. Jeder Bürger hat das Recht auf vollständige Information.

162 Zwischenstaatliche Streitigkeiten sind durch einen Gerichtshof zu schlichten,
163 dessen Richter von den nationalen Verfassungsgerichten entsandt werden.

164 **Binnenmarkt mit Ziellandprinzip**

165 Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft, zum gemeinsamen Markt, der
166 Zollunion und einer gemeinsamen Handelspolitik. Es gilt das Ziellandprinzip
167 (Waren und Dienstleistungen müssen den gesetzlichen Anforderungen im
168 Zielland genügen). Die Gemeinschaft gewährleistet den uneingeschränkten
169 wechselseitigen Marktzugang. Die Einwanderung in die Sozialsysteme wird
170 wirksam unterbunden. Strukturgleiche Länder können eine
171 Gemeinschaftswährung behalten oder neu schaffen.

172 **Ein gemeinsamer Außengrenzenschutz: Festung Europa**

173 Zum Schutz der europäischen Nationen und Kulturen muss die
174 Masseneinwanderung beendet werden. Der Schutz der europäischen
175 Außengrenzen ist die erste und wichtigste Gemeinschaftsaufgabe. Er umfasst die
176 Errichtung physischer Barrieren, eine technische Überwachung und den Einsatz
177 von Grenzschutzkräften. Die Durchführung wird nationalen Behörden auf Basis
178 multilateraler Verträge übertragen.

179 **Der Weg zum Bund europäischer Nationen**

180 Ein vorrangiges Ziel der AfD im existierenden EU-Parlament besteht darin, in der
181 bevorstehenden Wahlperiode Parteien aus allen Ländern für das Zukunftsprojekt
182 einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft zu
183 gewinnen. Zusammen mit ihnen wollen wir unsere Vorstellungen konkretisieren.
184 Solange die Fehlkonstruktion EU fortbesteht, werden wir uns dafür einsetzen,
185 weitere Einschränkungen der nationalen Souveränität und weitere
186 Umverteilungen von Wohlstand und Vermögen unserer Bürger durch EU-
187 Regelungen zu verhindern.

188 **Volksabstimmungen zu EU auf Bundesebene**

189 Es darf in Deutschland keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung, der
190 Abgabe von Hoheitsrechten und Haftungszusagen ohne Volksabstimmungen
191 geben. Es ist das selbstverständliche Recht eines jeden Volkes in der

192 Europäischen Union, über den Verbleib in der EU, die Währungsunion und
193 sonstige supranationale Projekte abzustimmen. Dieses Recht wird uns in
194 Deutschland von den seit Jahrzehnten regierenden Parteien vorenthalten.

195 **EU-Parlament abschaffen**

196 Das undemokratisch gewählte EU-Parlament wollen wir abschaffen. Die
197 Rechtsetzungskompetenz wird bis zur Neuordnung der Verhältnisse allein dem
198 Rat übertragen, dessen Mitglieder in ihrem Stimmverhalten jedoch an
199 Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden müssen.

200 **Die EU – Zentralismus und Bürokratie**

201 Die maßgeblichen politischen Entscheidungsträger Europas haben die
202 Europäische Union zu einem monströsen Behörden- und Verwaltungsapparat
203 aufgebläht: zwölf EU-Institutionen mit mehr als 32.000 Beschäftigten,
204 Personalkosten von über acht Milliarden Euro, 25 EU-Agenturen mit einer
205 öffentlich nicht bekannten Zahl von Mitarbeitern und Heerscharen von
206 Dienstleistern wie Dolmetschern und Sachverständigen. Die Abgeordneten,
207 Kommissare, Beamten und sonstigen EU-Beschäftigten erhalten unangemessen
208 hohe Vergütungen und überhöhte Pensionsansprüche bis hin zu steuerfreien
209 Zulagen. In der EU verdienen, beispielhaft erwähnt, etwa 4.000 EU-Beamte mehr
210 als der deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto/Jahr), der Regierungschef des
211 größten EU- Mitgliedstaates ist.

212

213 Bis zur Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und
214 Interessengemeinschaft, werden wir jede Verkleinerung des administrativen
215 Apparats unterstützen. Die Förderung von Europaparteien und deren Stiftungen
216 aus Steuermitteln muss beendet werden.

217 **Ein neutraler Kompetenzgerichtshof**

218 Die zunehmenden Eingriffe des Europäischen Gerichtshofes in die Souveränität
219 der Nationalstaaten lehnen wir ab. Stattdessen plädieren wir für einen

220 Kompetenzgerichtshof, dessen Richter von den obersten Gerichten der
221 Nationalstaaten gewählt werden. Die Aufgabe des Kompetenzgerichtshofs
222 besteht darin, die Abgrenzung der derzeit an die EU übertragenen Hoheitsrechte
223 gegenüber der Souveränität der Mitgliedstaaten zu überwachen und
224 vertragswidrige Eingriffe zu unterbinden. Dem Subsidiaritätsprinzip und dem
225 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz des Art. 5 EUV soll dadurch Geltung verschafft
226 werden.

227 **Lobbyismus, Korruption und Bereicherung**

228 Aufgrund mangelnder Bürgernähe, der Intransparenz der EU-Institutionen,
229 deren weitreichender Regulierungsmacht und deren Entscheidung über
230 gewaltige Geldmittel hat sich eine Vertreter-Maschinerie mit mehr als 25.000
231 Lobbyisten in den Schaltstellen der EU ausgebreitet. Die Einwirkung auf die
232 Brüsseler Bürokratie erfolgt intensiv und unkontrollierbar schamlos, zuweilen
233 werden Rechtsakte der EU direkt von den Lobbyisten verfasst. Die nach
234 unzähligen Skandalen getroffenen Maßnahmen zur Regulierung des Lobbyismus
235 sind nur unzureichend und weitgehend wirkungslos. Wir fordern deshalb ein
236 verpflichtendes Lobbyregister, in dem jeglicher Kontakt mit Lobbyisten zeitnah
237 und lückenlos veröffentlicht wird.

238 **Information und Transparenz**

239 Während Lobbyisten und Interessenvertreter umfassend und vorab informiert
240 werden, bleiben den Bürgern die Informationen der EU-Institutionen in der Regel
241 vorenthalten. Bei Verhandlungen über Handelsabkommen wie TTIP wurden
242 sogar den demokratisch gewählten Abgeordneten der Nationalstaaten deren
243 Inhalte vorenthalten. Deshalb fordern wir ein uneingeschränktes Recht auf
244 Information für alle Bürger und eine maximale Transparenz durch eine
245 Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten nach
246 dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes. Sämtliche Privilegien für
247 Lobbyisten sind abzuschaffen. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben
248 eine jährliche Offenlegung eines Geschäftsberichtes vorzunehmen, aus dem
249 deren Finanzquellen und ihre Aktivitäten hervorgehen.

250 Gremien, die der Umgehung von Demokratie dienen, wie z.B. eine „Konferenz für
251 die Zukunft Europas“, „Bürgerräte“ o.ä., lehnen wir als AfD ab! Es handelt sich
252 dabei um Demokratiesimulationen, welche die bestehenden Demokratiedefizite
253 verschleiern sollen.

254

Fundamentalistischer Islam – Gefahr für Europa

255 Wir wollen Europa im Geist der Freiheit und mit seinen demokratischen Werten
256 für uns und unsere Nachkommen dauerhaft erhalten. Wir verteidigen Europa
257 gegen einen gesellschaftlichen Rückschritt durch den fundamentalistischen
258 Islam, dessen Basis von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien
259 von Recht, Freiheit und Demokratie nicht in Einklang zu bringen ist. Der
260 fundamentalistische und bis heute gültige Islam versteht sich nicht nur als
261 Religion, sondern auch als allein maßgebliche Rechts- und Gesellschaftsordnung,
262 die ihren Herrschaftsanspruch über alle Menschen mittels der Scharia
263 durchsetzen will. Dieser Islam trennt nicht zwischen Staat und Religion. Die
264 Scharia regelt nicht nur das private Leben der Muslime, sondern alle Bereiche des
265 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Im Gegensatz dazu sehen die
266 Rechtsordnungen der europäischen Staaten uneingeschränkte Glaubens-,
267 Gewissens- und Religionsfreiheit vor, wie sie auch im Grundrechtskatalog des
268 Grundgesetzes (Art. 4) verankert sind. Dem fundamentalistischen Islam ist die
269 Religionsfreiheit fremd. Der Islam, zu dem alle Menschen bekehrt werden
270 müssen, gilt als einzige Religion. Die Abwendung vom Islam (Apostasie) steht
271 nach islamischem Recht unter Strafe.

272

273 Seit den 60er-Jahren sind nach und nach immer mehr Migranten nach
274 Deutschland und Europa gekommen, insbesondere aus den Staaten des
275 islamischen Kulturkreises. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen
276 zwanzig Jahren weiter beschleunigt und seit dem Jahr 2015 gewaltige Ausmaße
277 angenommen. Dies hat in vielen Ländern der Europäischen Union, wie z.B.
278 Schweden (Malmö) mit seiner äußerst liberalen Einwanderungspolitik,
279 Frankreich (Pariser Banlieue, Marseille) mit seinen ehemaligen Kolonien auf dem
280 afrikanischen Kontinent oder auch Brüssel (Molenbeek) zu unlösbaren
281 Integrationsproblemen in Form von Ghettobildung und überbordender
282 Kriminalität geführt. In einigen Ländern wie beispielsweise Frankreich, Belgien
283 und den Niederlanden sind bereits ganze Stadtteile von islamischen
284 Einwanderern bewohnt. Die einheimische Bevölkerung wurde fast vollständig

285 verdrängt. Eine solche Entwicklung, die für das Zusammenleben notwendige
286 Integrationsprozesse verhindert, muss vermieden werden. Als Vorbild kann
287 dabei das sogenannte dänische Ghetto-Gesetz dienen.

288

289 Die Zuwanderung in Länder der EU muss strikten Regeln unterworfen und massiv
290 beschränkt werden. Eine rechtliche und gesellschaftliche Ungleichbehandlung
291 von Männern und Frauen kann in unseren freiheitlichen demokratischen Staaten
292 nicht toleriert werden. Kinderehen, Vielehen (Polygamie), Zwangsehen nach
293 islamischen Recht sind mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Dies gilt auch
294 für rituelle Genitalverstümmelungen. Das geltende Strafrecht ist dabei
295 konsequent durchzusetzen. Nach französischem Vorbild soll die
296 Vollverschleierung von Frauen in der Öffentlichkeit verboten werden.

297 **Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen**

298 Die romantisierende Verklärung von Zuwanderung verstellt oftmals den Blick auf
299 den neu in Erscheinung tretenden Antisemitismus in Europa, der seine Wurzeln
300 im Islam hat. Wir fordern daher eine gesellschaftliche Ächtung jeglicher Form
301 von Antisemitismus – ausdrücklich auch, wenn die Urheber im linken oder
302 muslimischen Milieu zu verorten sind.

Die Identität der Nationen bewahren

303

304 Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union postuliert die „Achtung der
305 Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen
306 Identität der Mitgliedstaaten“. Im direkten Gegensatz zu diesem politischen
307 Versprechen erleben wir in Europa seit Jahren eine Asyl- und Migrationspolitik,
308 die zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen geführt hat. Die Gräben werden
309 immer tiefer. Der EU-Staatengemeinschaft fehlt es gegenwärtig an einem
310 gemeinsamen politischen Willen, die Migrationsfrage angemessen zu
311 analysieren, insbesondere ihre langfristigen Wirkungen einzuschätzen und
312 daraus politische Strategien zu entwickeln. Die Migrationspolitik der
313 Bundesregierung hat die Magnetwirkung Deutschlands für ungesteuerte und
314 illegale Migration noch verstärkt. Dies trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass
315 das kriminelle Schleppergeschäft nicht unter Kontrolle gebracht werden kann
316 und eine ausufernde Einwanderung insbesondere in das deutsche Sozialsystem
317 stattfindet. Allein von 2015 bis 2022 sind fast 14 Millionen ausländische
318 Staatsangehörige nach Deutschland gekommen und nur rund 4 Millionen haben
319 unser Land wieder verlassen. Die Nettozuwanderung in diesem Zeitraum betrug
320 daher rund 10 Millionen Menschen, die in großer Mehrzahl untergebracht,
321 ernährt und medizinisch betreut werden mussten.

322

323 Mit der Haltung der Bundesregierung wird Deutschlands Kontrollverlust zum
324 Dauerzustand, der den Bund, die Bundesländer und die Kommunen finanziell,
325 logistisch, betreuerisch und sicherheitspolitisch überfordert. Eine zentrale
326 Ursache hierfür ist der nach wie vor mangelhafte EU-Außengrenzschutz. Um die
327 positiven Aspekte des Schengen-Raumes zu bewahren, muss Deutschland seine
328 pseudomoralische Überheblichkeit aufgeben und ergebnisorientiert politische
329 Prozesse zu dieser Schicksalsfrage innerhalb der EU in Gang bringen. Die AfD
330 unterstützt eine Migrationspolitik, die eine Trendwende herbeiführt. Hierzu
331 gehört insbesondere ein effektiver Außengrenzschutz, der illegale Einreisen
332 verhindert. Die Einwanderung nach Europa muss so gesteuert werden, dass der

333 Friede und die Identität des europäischen Kulturraumes und seiner Nationen
334 gewahrt bleiben.

335 **Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik**

336 Allein die nationalen Parlamente haben die nötige demokratische Legitimation,
337 über die für ein Gemeinwesen existentielle Frage von Art und Umfang der
338 Zuwanderung zu bestimmen. Die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten der EU
339 in der Asyl- und Zuwanderungspolitik muss daher wiederhergestellt werden. Das
340 europäische gemeinschaftliche Asylsystem (GASP) muss aus dem Europäischen
341 Vertrag (AEUV) herausgenommen und die Zuständigkeit für die Asyl- und
342 Zuwanderungspolitik an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Dies wäre
343 eine Situation, wie sie schon heute in Dänemark besteht.

344

345 Der Fokus der Migrationsvermeidung muss auf der Hilfe vor Ort in der jeweiligen
346 Krisenregion liegen, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu
347 ermöglichen. Soweit Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland
348 gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat
349 durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch
350 Aufnahme finden („Ruanda-Modell“). Aus humanitären Erwägungen
351 unterstützen wir als weitere Option die freiwillige temporäre Aufnahme einer
352 souverän bestimmten Zahl vorab ausgewählter besonders Schutzbedürftiger.
353 International setzen wir auf eine verstärkte Zusammenarbeit bei der
354 heimatnahen Versorgung von echten Flüchtlingen und beim Aufbau von
355 Schutzzentren vor Ort. Internationale Vorschriften und Verpflichtungen zur
356 Aufnahme migrationswilliger Menschen – wie sie der UN-Migrationspakt und
357 der UN-Flüchtlingspakt vorsehen – lehnen wir ab.

358

359 Bei der Bewältigung der Fluchtbewegung aus der Ukraine hat sich der Ansatz der
360 heimatnahen Schutzgewährung bewährt, den ukrainischen Kriegsflüchtlingen in
361 Europa temporär Zuflucht zu gewähren. Die Ressourcen Deutschlands sind nach
362 der Aufnahme von einer Million Ukrainer erschöpft, weshalb die jetzt noch
363 flüchtenden Ukrainer auf Basis des in der Massenzustromrichtlinie verankerten

364 Solidaritätsmechanismus in die bislang weitaus weniger belasteten Staaten in
365 Europa weiterzuleiten sind. Zudem sind über die Ukraine einreisende
366 Staatsangehörige aus Drittstaaten umgehend in ihre Heimatländer
367 zurückzuführen, wenn dies sicher möglich ist.

368 **Der Schutz vor Straftätern und Gefährdern ist unabdingbar**

369 Das Recht auf Leib und Leben der Menschen in Deutschland ist höher zu
370 gewichten als der Schutz von Straftätern und Terroristen vor Abschiebung in
371 Länder mit schwieriger Sicherheitslage. Zahlreiche Gewalttaten und
372 Tötungsdelikte der letzten Jahre hätten durch die rechtzeitige Abschiebung von
373 Straftätern vermieden werden können. Sofern Straftäter nicht in ihre
374 Herkunftsstaaten abgeschoben werden können, sind sie hilfsweise in
375 aufnahmebereite Drittstaaten zu überführen.

376 **Deutschlands Kontrollverlust beenden**

377 Wegen der im europäischen Vergleich sehr hohen Sozialleistungen, selbst für
378 abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber, ist Deutschland ein
379 Migrationsmagnet in der Mitte Europas. Hinzu kommen fehlende
380 Rückführungsbereitschaft und Bleiberechtsregelungen, die insgesamt zu einer
381 Verfestigung des Aufenthalts für ausreisepflichtige Personen und zu einer
382 späteren Einbürgerung führen. Infolge dieses politischen Versagens verzeichnet
383 Deutschland seit Jahren ähnlich viele Asylbewerberzugänge wie die klassischen
384 Einwanderungsländer Australien, Neuseeland, Kanada und die USA zusammen.
385 Durch die bedingungslose Hinnahme der illegalen Sekundärmigration über
386 andere EU-Staaten nimmt Deutschland eine im europäischen Ausland gern
387 gesehene Außenseiterrolle ein. Diese fatale Politik werden wir beenden.
388 Insbesondere werden wir sämtliche Bleiberechtsregelungen für
389 Ausreisepflichtige wieder abschaffen. Zudem dürfen anerkannte Asylbewerber
390 nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen. Sobald die Rückkehr
391 in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese auch durchgesetzt werden. Die

392 unreflektierte und uneingeschränkte deutsche „Willkommenskultur“ werden wir
393 – ähnlich wie in Schweden, Dänemark oder Großbritannien – beenden!

394 **Änderung des Schengener Abkommens**

395 Wegen der fehlenden Sicherung der Außengrenzen findet immer noch ein
396 unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern statt. Das durch
397 das Schengen-Abkommen geschaffene „grenzenlose Europa“ stellt zunehmend
398 eine Gefahr für die Innere Sicherheit der einzelnen Nationalstaaten dar und
399 schafft erhebliche Risiken nicht nur im Bereich des Terrorismus, sondern auch
400 hinsichtlich der organisierten und der Bandenkriminalität. International tätige
401 Einbruchs- und Räuberbanden nutzen diese „Freiheit“ ebenso wie Menschen-
402 und Drogenhändler. Allein in Deutschland ist ein signifikanter Anstieg aller
403 Erscheinungsformen organisierter Kriminalität zu verzeichnen; gleiches gilt für
404 Gewaltdelikte.

405

406 Die grenzüberschreitende und migrationsbedingte Kriminalität schlägt sich in
407 den amtlichen Unterlagen nieder. Beispielsweise wurden im Jahr 2022
408 bundesweit mehr als 65.000 Fälle von Wohnungseinbruchsdiebstählen angezeigt
409 – das entspricht einer Steigerung um 21,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
410 Ebenfalls ein hohes Niveau haben sogenannte Messerangriffe erreicht: allein in
411 Berlin wurden im Jahr 2022 mehr als 3.300 Angriffe unter Verwendung eines
412 Messers erfasst; bei den aufgeklärten Fällen wurden mehr als die Hälfte von
413 ausländischen Tatverdächtigen begangen.

414

415 Die jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten, kriminellen Personen die Einreise zu
416 verweigern und sie zurückzuschicken, müssen intensiviert werden. Hierfür
417 braucht es aber konsequente und effektive Grenzkontrollen. Temporär
418 eingeführte Grenzkontrollen beispielsweise zeitigten entsprechende
419 Fahndungserfolge: So konnten anlässlich des G7-Gipfels 2022 mehr als 400
420 Haftbefehle vollstreckt werden.

421 Das Schengener Abkommen bedarf daher einer umfassenden Reform, damit die
422 souveränen Nationalstaaten durch effizienten Grenzschutz die eigene innere
423 Sicherheit wieder gewährleisten können. Dazu gehört auch eine konsequente
424 Zurückweisung von sogenannten Wirtschaftsflüchtlings an den Schengen-
425 Außengrenzen durch eine entsprechend ausgerüstete und gemeinsam
426 finanzierte FRONTEX-Einheit.

427 **Innere Sicherheit und Justiz sind nationale Aufgaben**

428 Die EU maßt sich seit Jahren Zuständigkeiten an, die nach den EU-Verträgen den
429 Nationalstaaten vorbehalten sind, darunter auch in den Bereichen Polizei und
430 Justiz. So wurde neben den bestehenden Behörden EUROPOL und EUROJUST die
431 Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet.

432

433 Dass es auch anders geht, zeigt beispielsweise die effektive polizeiliche
434 Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Schweiz auf der Grundlage des
435 Deutsch-Schweizerischen Polizeivertrages. Deshalb setzen wir auf eine
436 wesentliche und praxisgerechte Erleichterung des gesamten
437 Rechtshilfeverkehrs durch zwischenstaatliche Abkommen. Ansonsten besteht
438 die Gefahr einer weiteren Verlagerung hoheitlicher Kompetenzen von den
439 Nationalstaaten auf die EU-Ebene. Wir treten dem ebenso entgegen wie der
440 Schaffung supranationaler Behörden.

441

442 Wir lehnen jegliche Einschränkung der Souveränität der Nationalstaaten durch
443 die Rechtsetzung der EU auch im Bereich der Inneren Sicherheit eindeutig ab.

444 **Islamistische Terrorpotentiale abwehren und bekämpfen**

445 Die offenen Schengen-Grenzen in Verbindung mit dem unzureichenden EU-
446 Außengrenzschutz erschweren die eindeutige Identifikation von illegal
447 einreisenden Personen. Die massive Einwanderung hat dazu geführt, dass
448 islamistische Radikalisierungstendenzen zu einem umfassenden
449 Sicherheitsproblem geworden sind. Allein in Deutschland waren 2021 insgesamt

450 28.290 Personen registriert, die dem Personenpotenzial
451 „Islamismus/islamistischer Terrorismus“ zugerechnet werden.

452

453 Die europaweit begangenen Terroranschläge der letzten Jahre haben gezeigt,
454 dass die Wahrscheinlichkeit neuer Attentate weiterhin sehr hoch ist. Daher ist es
455 von größter sicherheitspolitischer Bedeutung, einen intensiven
456 Informationsaustausch im Hinblick auf Gefährder in Europa zu gewährleisten.
457 Um dieser Gefahrensituation nachhaltig begegnen zu können, fordern wir neben
458 der Bekämpfung von Parallelgesellschaften eine möglichst enge
459 Zusammenarbeit europäischer Sicherheitsbehörden. Die ideologische
460 Radikalisierung von Kindern ist zu einem wichtigen sicherheitsrelevanten
461 Geschehen in der EU geworden. Dabei unterliegen vor allem Kinder aus
462 muslimisch-fundamentalistischen Elternhäusern dem Zugriff radikaler
463 Ideologen, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufrufen. Die EU-
464 Mitgliedsstaaten sind in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor einer
465 Indoktrination zu bewahren.

466 **Festung Europa**

467 Zum Schutz unserer Freiheit, unserer Lebensweise und Identität muss die
468 irreguläre und illegale Masseneinwanderung aus kulturfremden Regionen nach
469 Europa beendet werden.

470

471 Der Schutz der Außengrenzen des Europäischen Bundes wird als Aufgabe aller
472 Mitgliedstaaten verstanden. Er umfasst die Errichtung wirksamer physischer
473 Barrieren, eine moderne technische Überwachung und den Einsatz von
474 Grenzschutzpersonal. Er wird durchgeführt von nationalen Behörden im
475 Zusammenwirken mit der Agentur für die Grenz- und Küstenwache des Bundes.

476

477 Alle mit dem Außengrenzschutz verbundenen Kosten werden von der
478 Gemeinschaft getragen. Die nationalen Behörden der Grenzstaaten können in
479 Krisensituationen die Unterstützung von Behörden anderer Mitgliedstaaten
480 anfordern, also auch der deutschen Bundespolizei. Die Grenzstaaten werden

481 außerdem ermächtigt, zur Wahrnehmung des Grenzschutzes technische und
482 personelle Unterstützung ihrer Streitkräfte (Militär) heranzuziehen.

483

484 Drittstaaten, deren Fluglinien keine korrekte und vollständige Kontrolle der
485 Einreiselegitimation von Passagieren mit europäischen Flugzielen gewährleisten
486 können oder wollen, werden vom Anflug dieser Destinationen ausgeschlossen.
487 An den internationalen Flughäfen auf dem Gebiet des Europäischen Bundes sind
488 die Einreisekontrollen zu verschärfen, Passagiere ohne Einreiselegitimation
489 werden ausnahmslos und mit dem nächsten Flug zu ihrem Abflughafen
490 zurückgeführt.

491

492 Auf den Meeren werden Schleuserboote ausnahmslos an ihre Herkunftshäfen
493 oder den nächstgelegenen nicht-europäischen Hafen zurückerkortiert.
494 Übergänge von Personen auf Schiffe der Küstenwache finden, ausgenommen
495 Notfälle und Kinder bis zum zehnten Lebensjahr, nicht statt.

496 **Die künftige Rolle der EU: Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei** 497 **Grenzschutz, Rückführung und Hilfe vor Ort**

498 Die zukünftige Rolle der EU-Institutionen in der Migrationspolitik soll sich unter
499 strikter Befolgung des Subsidiaritätsgrundsatzes künftig auf praktische und
500 formelle Hilfestellungen bei der Umsetzung des Außengrenzschutzes, bei
501 Abschiebungen und auf diplomatische Verhandlungen über
502 Rückführungsabkommen konzentrieren. Zur Finanzierung wirksamer
503 Grenzschutzanlagen sind die Investitionen der EU spürbar zu erhöhen. Dagegen
504 ist die zeitweilige Praxis der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, indirekt
505 Hilfsdienste für Schleuserbanden zu leisten, abzulehnen. Sie verkehrt den
506 Grenzschutzgedanken in sein Gegenteil. Entwicklungshilfe, die Erteilung von
507 Visa, den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt sowie den Marktzugang in die
508 EU wollen wir auf die Staaten beschränken, die ausreisepflichtige Personen
509 zurücknehmen. Die EU sollte außerdem Staaten in ehemaligen Kriegsregionen
510 beim Wiederaufbau unterstützen, um die Rückkehr der in die EU geflohenen
511 Menschen in ihre Heimat zu unterstützen.

512 **Remigration und Fit4Return statt Talentabwerbung**

513 Die millionenfache Aufnahme junger Menschen aus Entwicklungsländern in
514 Afrika und dem Nahen Osten in Europa beraubt die Herkunftsstaaten jener
515 Leistungsträger, die dort zum Aufbau bzw. Wiederaufbau dringend benötigt
516 werden (sogenannter „Brain-Drain“). Wegen des hohen Lebensstandards
517 hierzulande geht der Antrieb, an der Entwicklung des Herkunftslandes
518 mitzuwirken, oftmals verloren. Dies erzeugt den Teufelskreis noch größerer
519 Verelendung; daher ist ungesteuerte Emigration aus diesen Ländern selbst eine
520 Ursache für weitere Migrationsbewegungen.

521

522 Sobald in einem Herkunftsland in den meisten Gebieten wieder Frieden herrscht,
523 haben die EU bzw. Deutschland umgehend die Bedingungen für die Rückkehr der
524 hier aufgenommenen Asylbewerber auszuhandeln und die Rückkehr auch
525 konsequent durchzusetzen. Schutz vor Kriegsfolgen ist nur für deren Dauer zu
526 gewähren und darf nicht zu dauerhafter Einwanderung führen. Nicht
527 „Resettlement“, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der
528 Stunde, sondern das Gegenteil: auf nationaler und europäischer Ebene müssen
529 Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden. Das Motto muss lauten:
530 „Fit4Return“. Wir werden Menschen auf die Rückkehr vorbereiten. Das Ziel muss
531 dabei das Erlernen beruflicher Fähigkeiten sein, die im Heimatland benötigt
532 werden. Die ungeordnete Migration muss ersetzt werden durch das Prinzip der
533 Selbstverantwortung souveräner Staaten, die für ihre Bevölkerungspolitik selbst
534 verantwortlich sind.

535 **Grenzschutz ist Bürgerschutz**

536 Auch die Unvereinbarkeit von Schengen und Dublin führt zu einer
537 Dysfunktionalität des europäischen Asylsystems, da Migranten ungehindert
538 offene Grenzen im Schengen-Raum passieren und so aus den EU-
539 Ersteinreisländern nach Deutschland gelangen. Bis zur Wiederherstellung der
540 deutschen Souveränität über unsere Grenzen, ist daher eine Notifizierung der
541 deutschen Binnengrenze bei der EU-Kommission erforderlich. Nur so kann die

542 Bundespolizei als Grenzschutzbehörde agieren, da die EU-Binnengrenze so in
543 den Zustand einer Außengrenze und die Bundespolizei in den Zustand einer
544 Grenzbehörde versetzt werden würden. Im grenznahen Bereich einzurichtende
545 Gewahrsamszentren sollen dazu dienen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen im
546 Falle von unzulässigen Schutzanträgen zu sichern. Auf diesem Weg ließe man
547 unberechtigte Personen gar nicht erst einreisen. Somit entfallen zeitaufwändige
548 und kostenintensive Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die seit Jahren die
549 Verwaltungsbehörden, die Gerichte und alle Sicherheitskräfte über alle Maßen
550 belasten.

551 **EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren – Missbrauch beenden**

552 Die EU-Freizüigkeitsrichtlinie gewährt EU-Bürgern in Deutschland eine
553 Rechtsstellung, die fast vollständig derjenigen deutscher Staatsangehörigen
554 entspricht. Diese Rechtsvorschrift hat zu massiven Wanderungsbewegungen
555 innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten geführt. Wir fordern,
556 dass die Armutszuwanderung in die nationalen Sozialsysteme auch auf EU-Ebene
557 konsequenter als bisher unterbunden wird. Vor diesem Hintergrund sind die
558 Kriterien der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verschärfen.

559
560 EU-Bürger, die einem anderen EU-Staat dauerhaft finanziell zur Last fallen oder
561 schwere Straftaten begehen, müssen leicht und dauerhaft des Landes verwiesen
562 werden können. Daneben muss allen EU-Ländern die Möglichkeit eröffnet
563 werden, den Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen von einer
564 mindestens zehnjährigen, durchgängig sozialversicherungspflichtigen
565 Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu machen. Um den
566 Westbalkan zu einem wichtigen Teil Europas zu machen, tritt die AfD für eine
567 privilegierte Partnerschaft mit den Ländern dieser Region ein. Die Migration über
568 diese Staaten ist durch eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit
569 einzudämmen. Die AfD lehnt eine Aufnahme dieser Staaten in die EU ab,
570 unterstützt aber die Bildung selbstbestimmter wirtschaftlicher
571 Zusammenschlüsse vor Ort, wie die „Initiative Open Balkan“.

572 **Verteidigung gegen Migration als Mittel der hybriden Kriegsführung**

573 In den letzten Jahren wurden Migrationsbewegungen gezielt als Mittel der
574 hybriden Kriegsführung und zum Zwecke der politischen Erpressung eingesetzt.
575 Aus diesem Grund sind an der Außengrenze feste Grenzanlagen zu errichten,
576 deren Kosten von der EU zu tragen sind. Fluggesellschaften, die sich an dem
577 Transport von illegalen Migranten beteiligen, sind die Landrechte in der EU zu
578 entziehen. Staaten, die sich gezielt zu Drehkreuzen illegaler Migration machen, ist
579 jede finanzielle Unterstützung zu entziehen und eine Visumpflicht für die
580 Einreise in die EU einzuführen.

581 **Kontrolle statt Menschenhandel**

582 Kriminelle Schlepperbanden werden auch durch die Arbeit sogenannter
583 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), vielfach aus Deutschland, unterstützt.
584 Deren Geschäftsmodell führt dazu, dass Menschen ihr Leben bei der gefährlichen
585 Überfahrt über das Mittelmeer riskieren. Die AfD setzt sich für eine konsequente
586 Bekämpfung dieser menschenfeindlichen Aktivitäten ein. Die Einschleusung von
587 Drittstaatlern in die EU durch Nichtregierungsorganisationen muss zukünftig als
588 schwere Straftat unterbunden werden. In Seenot gerettete Menschen sind in den
589 nächstgelegenen Hafen zu bringen, auch wenn dieser in Europa liegt. Hierfür
590 bedarf es eines sichtbaren Signals aller EU-Staaten, dass die illegale Einreise über
591 das Mittelmeer nicht zu einem Bleiberecht in Europa führen darf. Wir wollen breit
592 angelegte und von der EU finanzierte Informationskampagnen starten, die auf die
593 Gefahren und die Aussichtslosigkeit einer Überfahrt hinweisen.

594 **Qualifizierte Zuwanderung nach japanischem Vorbild**

595 Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften
596 soll möglichst verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir
597 Rückgewinnungsprogramme für auslandsdeutsche Leistungsträgern. Auch
598 technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und
599 Digitalisierung, die menschliche Arbeit ersetzen können, oder auch ökonomische
600 Produktivitätssteigerung haben Vorrang vor Zuwanderung. Bei ungelernten

601 Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute in
602 Deutschland leben. Hinzu kommen Arbeitskräfte, die im Rahmen der EU-
603 Arbeitnehmerfreizügigkeit, analogen Regelungen mit den EFTA-Ländern oder
604 auch der Westbalkan-Regelung nach Deutschland kommen. Im Rahmen der
605 Westbalkan-Regelung ist zukünftig eine Vorrangprüfung durchzuführen. Eine
606 Ausdehnung auf weitere Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten, lehnen wir
607 ebenso wie die Zuwanderung Ungelernter aus Drittstaaten ab.

608

609 Mit Blick auf gelernte Fachkräfte werden wir eine strenge Vorrang- und
610 Alternativprüfung einführen. Zunächst sind zwingend die einheimischen
611 Potentiale sowie der europäische Arbeitskräftemarkt auszuschöpfen. Für
612 außereuropäische Fachkräfte ist in Anlehnung an das „japanische Modell“ das
613 Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines
614 Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien,
615 wie zum Beispiel ausreichende Sprachkenntnisse, einführen, verbunden mit
616 einer jährlichen Festlegung von Branchen und Quoten durch die
617 Bundesregierung, die von der Konjunkturlage und der Situation auf dem
618 Arbeitsmarkt abhängt. Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen
619 wir das bewährte Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig
620 insbesondere Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik,
621 Naturwissenschaft und Technik) ansprechen.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren

622 Die AfD strebt eine neue Europäische Wirtschaftsgemeinschaft souveräner
623 Nationalstaaten an, deren Zusammenarbeit auf Wohlstandsmehrung innerhalb
624 eines gemeinsamen Marktes ausgerichtet ist. Zur Zeit verfolgt die EU mit ihren
625 wirtschaftspolitischen Entscheidungen jedoch nicht nur eine ökonomische,
626 sondern ideologisch motivierte Agenda, die Ziele wie Klimarettung, Euro-
627 Rettung, Russland-Sanktionen, und die Aufnahme der Westbalkan-Staaten
628 umfasst.
629

630 umfasst.
631
632 Da die EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer
633 geschichtlich gewachsenen sozioökonomischen Wertesysteme heterogen sind,
634 verletzen Mehrheitsentscheidungen vielfach berechnete wirtschaftliche
635 Einzelinteressen der Mitgliedstaaten. Überdies führen solche Entscheidungen
636 häufig zur Umverteilung von Wohlstand zwischen den Staaten. Ein Beispiel für
637 zwischenstaatliche Umverteilung ist der 750 Milliarden schwere EU-Next-
638 Generation-Fund, aus dem 390 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse
639 an EU-Mitgliedsländer gewährt werden sollen. Diese angebliche
640 Wiederaufbaukapazität nach der Pandemie ist zudem EU-rechtswidrig durch
641 Schuldenaufnahme der EU-Kommission vorfinanziert worden. Der Art. 311 AEUV
642 verbietet eine Schuldenaufnahme der Kommission ausdrücklich. Wie immer
643 trägt auch hier der deutsche Steuerzahler die Hauptlast dieser Umverteilung,
644 welche über die nach Wirtschaftskraft gestaffelten EU-Beiträge der
645 Mitgliedstaaten erfolgt.

Wettbewerb statt Bürokratie

647 Die AfD sieht den Zweck eines Europäischen Verbundes souveräner
648 Nationalstaaten primär darin, den Rahmen gemeinschaftlichen, europäischen
649 Wirtschaftens zu gestalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen.
650 Wettbewerb ist eine Grundvoraussetzung für technischen Fortschritt, günstige
651 Verbraucherpreise und die Tragfähigkeit unserer Sozialsysteme. Wirtschaftliche

652 Risiken hat grundsätzlich der Investor zu tragen, nicht der Staat und damit
653 letztlich der Steuerzahler. Zentralistische Eingriffe, die einer Enteignung
654 gleichkommen, lehnen wir ab.

655

656 Die AfD bekennt sich ausdrücklich zum Freihandel. Wir streben
657 interessengeleitete Handelsabkommen an, die für die Vertragspartner
658 Einfuhrerleichterungen und Zollbefreiungen vorsehen. Solche
659 partnerschaftlichen Handelsabkommen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung
660 - zum Beispiel in den Ländern Afrikas - voranzutreiben. Seinen wirtschaftlichen
661 Erfolg verdankte Deutschland bisher der Kreativität seiner Erfinder und
662 Ingenieure sowie den mutigen Unternehmern, die in Know-how und
663 Produktionsstätten investiert haben.

664

665 Durch die zunehmend weiter ausgelegten Kompetenzen der EU kommt es immer
666 häufiger zu parallelen Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer
667 Ebene mit Verdrängungswirkung des nationalen Rechts. Dies hat zur Folge, dass
668 Unternehmen ihre internen Verfahren bereits nach wenigen Jahren umstellen
669 müssen, da nationale Regelungen von europäischen Regelungen abgelöst
670 werden. Die AfD fordert die Überprüfung und Reduzierung der einschlägigen EU-
671 Richtlinien, z.B. der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der
672 Kreditvergabe-Richtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der
673 Dokumentationspflichten gerade für kleine und mittelständische Unternehmen.

674

675 Eine Wettbewerbsverzerrung stellt auch das Anfang 2023 in Kraft getretene
676 Lieferkettengesetz dar, das die AfD von Beginn an mit Verweis auf die vorrangige
677 Zuständigkeit der EU-Staaten bei der Durchsetzung sozialer Standards bekämpft
678 hat. Im internationalen Wettbewerb werden EU-Firmen durch diese Regelung
679 benachteiligt, weil nur ihnen zusätzliche Sozial- und Umweltstandards
680 aufgebürdet werden.

681 **Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechniken fördern**

682 Eine wichtige Voraussetzung für Innovation ist Technologieoffenheit. Die AfD hat
683 deshalb mit den ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln das
684 ursprünglich geplante EU-Verbot von Verbrennungsmotoren bekämpft.
685 Europäische Automobilunternehmen und -zulieferer hätten damit einen
686 erheblichen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene erlitten.

687

688 Wir betrachten Subventionen grundsätzlich kritisch. Jedoch wollen wir zur EU-
689 weiten Entwicklung von Spitzentechnologien, die im nationalen Rahmen nur
690 schwer realisiert werden können, Fördergelder bereitstellen. Hierunter fallen aus
691 unserer Sicht die EU-Raumfahrtprogramme und Programme zur Entwicklung
692 künstlicher Intelligenz, Quanten-Computing und Kerntechnik neuerer
693 Generationen.

694 **Qualitätsstandards sichern**

695 Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu
696 schützen. Dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“, aber auch
697 Ausbildungsstandards, die nicht verwässert werden dürfen. Die Gleichwertigkeit
698 von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen muss durch Ablegen
699 einer Prüfung am Arbeitsort nach den dort geltenden nationalen Standards
700 nachgewiesen werden.

701 **Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien**

702 Derzeit gibt es in der EU Bestrebungen, im Rahmen der sogenannten Taxonomie
703 eine zentral gelenkte Investitionssteuerung aus ideologischer Motivation heraus
704 zu verstärken, so zum Beispiel im Fall sogenannter „grüner Technologien“. Den
705 Green Deal der EU lehnen wir ab.

706

707 Bei Investitionsentscheidungen in privaten Unternehmen haften diese selbst für
708 die Folgen von Fehlentscheidungen. Bei öffentlichen Investitionen haften jedoch

709 nicht die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger, sondern die
710 Steuerzahler.

711

712 Unternehmerische Sorgfalt ist ein besserer Ratgeber als politische Ideologie.
713 Planwirtschaftliche Markteingriffe mit Subventionen nach Maßgabe einer
714 „sozialökologischen Transformation“ und das Verbot erfolgreicher
715 Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die
716 Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar.

717 **Zuwanderung von Arbeitskräften**

718 Innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums kann die Mobilität von
719 Arbeitskräften wertvoll sein. Die Zuwanderung von Arbeitskräften muss sich
720 aber immer am jeweiligen nationalen oder sogar regionalen Arbeitsmarkt
721 orientieren. Andernfalls besteht die Gefahr von Lohndumping und der damit
722 verbundenen Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte.

723

724 Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten, in denen sie
725 Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen
726 gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer. Nicht
727 zuletzt wird so auch eine stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung von
728 Arbeitskräften befördert.

729

730 Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz,
731 sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvollen
732 Kontrollen zu ihrer Einhaltung, damit der Missbrauch von Leiharbeit und
733 Werkverträgen auch tatsächlich unterbleibt.

734 **Niederlassungsfreiheit**

735 Die Freiheit von Selbstständigen und Unternehmern innerhalb der EU begrüßen
736 wir grundsätzlich. Aber sie darf nicht dazu missbraucht werden, sich durch
737 Scheinselbstständigkeit Ansprüche auf Sozialleistungen zu erschleichen.

738 Die EU-Dienstleistungsfreiheit führt insbesondere im Transportgewerbe zu einer
739 Umgehung von Mindestlöhnen, Steuern und Sozialabgaben. Dies schädigt den
740 Sozialstaat. Lohn- und Sozialdumping wollen wir deshalb beenden.

741 **EU und Sozialpolitik**

742 Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik, die durch eine nachhaltige,
743 generationengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme sowie
744 eine verlässliche soziale Absicherung für Rentner, Arbeitslose und Arbeitnehmer
745 im unteren Lohn- oder Gehaltssegment gewährleistet werden muss.

746

747 Da die vertraglich geregelten Kompetenzen der EU auf Unterstützung und
748 Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten beschränkt sind, liegen
749 Verantwortung und Gestaltungskompetenz für die Sozialpolitik weiterhin in der
750 Verantwortung der Mitgliedstaaten. Ihnen obliegt es, ihr nationales Sozialsystem
751 an ihren eigenen Werten auszurichten und nach ihrer wirtschaftlichen
752 Leistungsfähigkeit auszugestalten.

753

754 Diese Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten und die zwischen den
755 Mitgliedstaaten nach wie vor bestehenden sozio-ökonomischen Unterschiede
756 schaffen Anreize zur Migration in Staaten mit einem höheren Niveau an
757 Sozialleistungen. Dies führt zum Zielkonflikt zwischen den nationalstaatlichen
758 Interessen einer Begrenzung des Bezugs von Sozialleistungen auf die eigenen
759 Bürger und dem Ziel der Freizügigkeit innerhalb der EU. Die AfD tritt dafür ein,
760 dass in diesem Zielkonflikt die Ausübung der Freizügigkeit der EU-Bürger
761 ausgeschlossen wird, wenn sie vornehmlich dem Zweck des Bezugs von
762 Sozialleistungen in Deutschland dient.

763 **Sozialleistungen für EU-Ausländer**

764 Bevor EU-Ausländer im Sozialrecht mit Deutschen gleichgestellt werden, soll bei
765 Bedürftigkeit der jeweilige Herkunftsstaat zuständig bleiben.

766 Wir setzen uns dafür ein, dass Ausländer aus EU-Staaten erst dann
767 Sozialleistungen in Deutschland erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern
768 und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben und in dieser Zeit ihren
769 Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestritten haben.

770 **Keine europäische Sozialunion**

771 Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst
772 unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Diese Vielfalt wollen
773 wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.

774

775 Wir befürworten ein koordinierendes Sozialrecht samt Sozialabkommen,
776 wonach in anderen EU-Mitgliedstaaten erworbene
777 Sozialversicherungsansprüche auf das Sozialversicherungssystem im
778 Herkunftsland übertragen werden können.

779

780 Jegliche Versuche der EU, Mindeststandards in den EU-Mitgliedstaaten
781 einzuführen, betrachten wir als Verstöße gegen die Europäischen Verträge. Die
782 EU-Sozialcharta halten wir für überflüssig.

783

784 Die AfD lehnt alle Versuche ab, die in den Verträgen festgelegte
785 Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik mithilfe von
786 Deklarationen (z.B. „Europäische Säule Sozialer Rechte“) auszuhöhlen und auf
787 diesem Wege neue Zuständigkeiten der EU-Institutionen zu schaffen. Keinesfalls
788 darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen kommen, da dies die
789 Gefahr birgt, dass inländische Arbeitnehmer für die Versicherung der
790 Arbeitnehmer in anderen EU-Staaten Beiträge entrichten müssen. Eine derartige
791 Umverteilungsunion widerspricht dem Geist der Lissabonner Verträge. Dies gilt
792 insbesondere für die bereits ins Auge gefasste europäische
793 Arbeitslosenversicherung.

794 **Steuern und Finanzen**

795 Die Steuerhoheit steht den nationalen Parlamenten zu. Die EU ist, wie andere
796 internationale Organisationen auch, ausschließlich durch Beiträge ihrer
797 Mitgliedstaaten zu finanzieren.

798 **Besteuerung von Großkonzernen**

799 Eines der Problemfelder der globalen Finanzpolitik ist die unzureichende
800 Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Die AfD setzt sich dafür
801 ein, dass die OECD solchen Praktiken einen Riegel vorschiebt. Die EU ist dafür
802 nicht zuständig.

803

804 Wir unterstützen die im Rahmen der OECD bislang erzielten
805 Verhandlungsergebnisse für eine globale Mindestbesteuerung mit einem
806 einheitlichen Steuersatz von 15 Prozent für international tätige Unternehmen.
807 Bislang zahlen Tochterunternehmen international tätiger Konzerne, die in
808 Steueroasen sitzen, kaum Steuern. Im Sinne der Steuergerechtigkeit, gerade
809 auch im Verhältnis zu kleinen und mittelständischen Unternehmen, soll dies
810 künftig nicht mehr möglich sein.

811 **Internationale Unternehmensbesteuerung**

812 Es muss entgegen den Bemühungen der EU bei der Ertragsbesteuerung von
813 Unternehmen beim Betriebsstättenprinzip bleiben. Die deutschen Unternehmen
814 mit ihrem hohen Exportanteil tragen ihre Risiken in der Regel am Ort des
815 Unternehmenssitzes. Hier werden die wesentlichen unternehmerischen
816 Entscheidungen getroffen, beispielsweise in den Bereichen Forschung,
817 Produktionsentwicklung, Lieferbeziehungen, Strategie, Investitionen u.v.a.m. An
818 diesem Ort realisieren sich die wirtschaftlichen Chancen und Risiken, die im Falle
819 von Unternehmensgewinnen auch dort versteuert werden müssen.

820

821 Dies gilt mit der Ausnahme von bestimmten digitalen Geschäftsmodellen. Hier
822 können Absatz- und Werbemärkte als Ausgangspunkt für Ertragsbesteuerung
823 von Unternehmen zugrunde gelegt werden.

824 **Keine EU-Steuern**

825 Die AfD lehnt jede Art von EU-Steuern ab. Dies gilt sowohl für Steuern, die direkt
826 über die EU erhoben werden als auch für Steuerbeteiligungen der EU an Steuern
827 der Länder. Eine anteilige Abführung von Erlösen aus der Mindestbesteuerung
828 von Großkonzernen an die EU als zusätzliche Eigenmittel lehnen wir ab.

829 **Verhinderung von Steuerdumping**

830 Ausgehandelte Steuersätze für einzelne Unternehmen lehnt die AfD strikt ab. In
831 Luxemburg beispielsweise erhalten auf diese Weise einzelne Unternehmen einen
832 ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz. Dies
833 widerspricht dem Grundprinzip von Chancengleichheit und Wettbewerb in einer
834 freien Marktwirtschaft und ist letztlich eine marktverzerrende, illegale
835 Subvention.

836 **Verbrauchsteuerrecht bei den Mitgliedstaaten belassen**

837 Eine Harmonisierung des europäischen Verbrauchsteuerrechts lehnen wir ab.
838 Die zurückliegenden Krisen, von denen stets die Unter- und Mittelschicht in
839 besonderem Maße getroffen wurden, haben deutlich gezeigt, wie wichtig es ist,
840 dass Staaten über genügend Flexibilität auch bei der Steuergestaltung verfügen
841 können, um so die Bürger über das Steuerrecht schnell und effektiv entlasten zu
842 können. Da insbesondere die Verbrauchssteuern die Bürger mit niedrigem und
843 mittlerem Einkommen überproportional stark belasten, kann eine Reduzierung
844 dieser Steuern ein wirksames Mittel zur Entlastung sein. Eine Beschneidung
845 dieser Gestaltungsfreiheit der Nationalstaaten durch strikte Grenzwerte der EU
846 wäre daher kontraproduktiv.

847 **Finanztransaktionssteuer**

848 Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab. Wir befürchten dadurch eine
849 höhere Belastung für Sparer, da sich durch diese Steuer insbesondere die
850 fondsgebundene Altersvorsorge verteuern würde. Die in Deutschland sehr
851 geringe Quote der Kleinanleger im Aktienmarkt würde sich durch Einführung der
852 Steuer weiter verringern. Großanleger und professionelle Investoren können
853 ihre Transaktionen in außerhalb der EU liegende Börsenplätze verlegen und
854 dadurch die Steuer problemlos umgehen. Zudem würde eine EU-weite
855 Finanztransaktionssteuer die prinzipielle Steuerhoheit der Mitgliedstaaten
856 verletzen.

857 **Marktwirtschaft statt CO₂-Bepreisung**

858 Die AfD lehnt jede Form der CO₂-Bepreisung, sei es über den CO₂-Zertifikathandel
859 oder über eine direkte CO₂-Steuer sowie den geplanten
860 Grenzausgleichsmechanismus strikt ab.

861 Innerhalb der EU gilt die CO₂-Bepreisung über den CO₂-Zertifikathandel. Darüber
862 hinaus sollen zukünftig über ein CO₂-Grenzausgleichssystem auch importierte
863 Waren mit einer CO₂-Abgabe belastet werden. Dies führt zu einer weiteren
864 Verteuerung aller in der EU gehandelten importierten Waren und damit
865 zwangsläufig zu einem weiteren Wohlstandsverlust der Bürger. Des Weiteren
866 besteht die Gefahr eines Handelskrieges, da diese Sondersteuer auf importierte
867 Waren von anderen Staaten als Protektionismus wahrgenommen wird.

868 **Regionen stärken**

869 Die AfD strebt eine Reform des EU-Vergaberechts an. Ausschreibungen auf
870 kommunaler bzw. nationaler Ebene sollten vorrangig an regionale bzw. nationale
871 Anbieter vergeben werden können. Dafür sind die Schwellenwerte für die EU-
872 Vergabe anzuheben und die Regelungen so weit zu flexibilisieren, dass bei der
873 Auswahl der Anbieter nicht stets der günstigste aus dem gesamten EU-Raum den
874 Zuschlag erhalten muss.

875 **EU-Haushalt verkleinern**

876 Die AfD lehnt eine Ausweitung des EU-Haushaltes ab und fordert stattdessen eine
877 deutliche Verringerung der EU-Ausgaben. Die durch die EU vereinnahmten
878 Bußgelder sind anteilig an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten.

879

880 Zahlreiche milliardenschwere EU-Programme dienen dazu, EU-Gelder breit und
881 öffentlichkeitswirksam zu verteilen, ohne dass sie messbare Impulse für den
882 Wohlstand lokaler Bevölkerungsgruppen gebracht hätten (beispielsweise der
883 Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), oder der Kohäsionsfond).
884 Dieses Geld ist bei den EU-Mitgliedsstaaten, die primär selbst für ihre
885 Infrastruktur verantwortlich sind, besser aufgehoben und die "Kohäsion" der
886 Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten war immer und wird auch für die Zukunft
887 eine Fiktion sein. Zur Ausgabenreduzierung der EU-Verwaltung ist der kosten-
888 und zeitintensive Pendelverkehr zwischen den drei Arbeitsorten Straßburg,
889 Brüssel und Luxemburg zu beenden.

890 **Reform der EU-Eigenmittel**

891 Die BNE-Eigenmittel auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens stellen den
892 größten Anteil der EU-Einnahmen von derzeit rund 70 % dar. Deutschland verfügt
893 zwar über ein hohes Bruttonationaleinkommen, jedoch sind die Vermögen in
894 Deutschland relativ zu anderen Staaten ungleich verteilt. Hinzu kommt, dass bei
895 einem Vermögensvergleich die Deutschen im Verhältnis zu anderen EU--
896 Mitgliedstaaten im letzten Drittel liegen und bei den Wohneigentumsquoten das
897 Schlusslicht bilden. Die Rentenleistungen liegen in Deutschland aktuell bei 53 %
898 des letzten Nettoeinkommens und damit deutlich hinter Ländern wie
899 Griechenland mit 84 %, Italien mit 82 % und Frankreich mit 74 %. Die Behauptung,
900 dass es sich bei Deutschland um ein reiches Land handele, ist falsch.

901

902 Zwar ist wegen der Ungleichverteilung der Vermögen bei einer kleinen Spitze ein
903 erheblicher Reichtum vorhanden, weshalb die Durchschnittsvermögen
904 international im Mittelfeld liegen. Die Medianvermögen der Deutschen zeichnen

905 jedoch ein anderes Bild. Hier liegt Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten
906 auf dem vorletzten Platz. Dies liegt auch daran, dass die
907 Wohnungseigentumsquote in Deutschland so gering ist. Bemessungsgrundlage
908 der Mitgliedstaaten soll daher in Zukunft nicht mehr das
909 Bruttonationaleinkommen (BNE) sein, sondern das Volkseinkommen. Während
910 das BNE eine Rechengröße ist, die an die volkswirtschaftlichen Bruttoerlöse
911 anknüpft, bildet das Volkseinkommen den jährlichen Wirtschaftsertrag einer
912 Volkswirtschaft ab, der Bürgern und Unternehmen zufließt. In hochinvestierten
913 Volkswirtschaften wie Deutschland ist die Differenz zwischen BNE und
914 Volkseinkommen sehr hoch. Das BNE ist daher als Maßstab für den EU-Beitrag
915 ungeeignet und ungerecht und führt zur übermäßigen Belastung Deutschlands.

916 **Geld- und Währungspolitik: Der Euro ist** 917 **gescheitert**

918 **Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden in Europa durch** 919 **Wiedereinführung nationaler Währungen**

920 Die AfD vertritt eine Währungspolitik, die auf Marktwirtschaft, nationaler
921 Eigenverantwortung und freundlichem Miteinander der europäischen Staaten
922 basiert. Die seit 30 Jahren voranschreitende schleichende Umwandlung des
923 Staatenverbundes Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen
924 Völkern nie demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die
925 institutionelle Grundlage, die verfassungsrechtliche Voraussetzung für seine
926 Legitimität wäre. Die Stabilitätskriterien als Geschäftsgrundlage der Euro-
927 Währung werden permanent verletzt. Der Euro wird seit Jahren mit
928 Milliardenbeträgen „gerettet“. Wir erleben vertragswidrige
929 Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen, Verschuldung auf Ebene der EU,
930 verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige (Plan-)Wirtschaftspolitik
931 durch EZB und EU – alles weitgehend zu Lasten Deutschlands.

932
933 Der Euro ist für ein Gebiet mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine
934 Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial
935 funktionieren. Die Arbeitslosigkeit im Süden Europas ist seit Jahren erschreckend
936 hoch. Das ist die Folge der verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit dieser
937 Länder innerhalb des Euro-Korsetts. Noch jede überstaatliche Währungsunion
938 der Geschichte ist bisher gescheitert. Nur durch nationale Währungen erlangt
939 jeder Staat wieder seine Souveränität über seine Wirtschafts- und
940 Währungspolitik zurück. Damit werden auch die internen Konflikte in der Euro-
941 Zone gelöst: Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der
942 Euro-Einführung, durch eigene Entscheidung über den Wechselkurs
943 wiederherstellen.

944
945 Eine neue Deutsche Mark könnte ihre höhere Kaufkraft gegenüber anderen
946 Ländern wiedergewinnen. Die damit verbundene Senkung der Importpreise

947 würde zu steigenden Realeinkommen und damit zu einer „Sozialdividende“
948 führen, die dem gesamten deutschen Volk zugutekäme und nicht nur, wie derzeit,
949 einigen Exportfirmen. Ähnlich wie die Schweiz hätten wir ohne die exzessive
950 Gelddruckpolitik der EZB eine erheblich geringere Inflation.

951 **Transferunion aufkündigen**

952 Deutschland muss zurück zu einer sozialen Marktwirtschaft – und darum die
953 Transferunion des Euro-Systems aufkündigen. Jede weitere Teilnahme an der
954 Dauerrettungspolitik kommt einer Insolvenzverschleppung auf Kosten
955 deutscher Steuerzahler gleich. Der AfD ist bewusst, dass die Wiedereinführung
956 einer stabilen nationalen Währung nicht ohne Umstellungsbelastungen erfolgen
957 kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die dauerhaften Kosten des weiteren
958 Verbleibs im Eurosystem.

959 **Beendigung der vertragswidrigen und planwirtschaftlichen Politik** 960 **von EZB und EU-Kommission**

961 Die EZB-Politik führt zur Zerstörung der Märkte für Staats- und
962 Unternehmensanleihen. Die Manipulation der Anleihemärkte ist für die EZB seit
963 2015 das tägliche „Geschäftsmodell“. Sie hat inzwischen staatliche und private
964 Anleihen in Höhe von fünf Billionen Euro erworben. Diese suprastaatliche
965 „Rettungspolitik“ verletzt geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der
966 Staatsfinanzierung durch die Zentralbank und das Verbot der Haftung für
967 Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die EZB betreibt dabei auch noch ideologische
968 und verbotene Wirtschaftspolitik - über billionenschwere zweckgebundene
969 Garantien und Bürgschaften sowie über Aufkäufe von „grünen“ oder anderweitig
970 ideologisch begebenen Anleihen. Dies sind faktisch direkte Geldgeschenke an
971 „notleidende“ Staaten; über eine gemeinschaftliche EU-Schuldenaufnahme
972 („Next-Generation-EU“-Fonds, „Ukraine“-Bonds, etc. oder Target-2). All diese
973 Maßnahmen sind vertragswidrig, da sie gegen die Verbote der monetären
974 Staatsfinanzierung und der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen.

975 Die EZB-Politik des Niedrigzinses und der Staatsanleihenkäufe ist muss zu
976 Inflation führen. Sie zerstört Unternehmenskalkulationen und langfristig alle
977 kapitalgedeckten Rentensysteme und die privaten Sparvermögen. Die Zinspolitik
978 der EZB ist abgekoppelt von jeder realistischen Risikobetrachtung und führt dazu,
979 dass nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen als „Zombies“ im Markt
980 verbleiben und den gesunden Unternehmen einen unfairen Wettbewerb liefern.

981

982 Die AfD fordert auch hier eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle
983 Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen
984 eingestellt werden. Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote
985 der Staatsfinanzierung durch die EZB und der faktischen Vergemeinschaftung
986 von Schulden über die EZB. Die EZB hat ein Mandat nur für Geldpolitik – und keine
987 Befugnisse für wirtschaftspolitische Programme zur Unterstützung einzelner
988 Staaten und ideologischer Politikziele.

989 **Keine Schuldenaufnahme durch die EU - Rettungskredite nur auf** 990 **nationaler Ebene und nur für nationale Investitionen**

991 Die EU maßt sich heute vertragswidrig an, entgegen dem expliziten Wortlaut der
992 EU-Verträge eigene Schulden aufzunehmen, was zu Lasten künftiger deutscher
993 Generationen geht. Dabei werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft
994 und anschließend von EU-Bürokraten über unzählige, zumeist ideologisch
995 motivierte „Green Deal“-Projekte nach Gutsherrenart ausgegeben. Haftung und
996 Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten. Die Mithaftung Deutschlands
997 für diese von der EU aufgenommenen Kredite, die weitgehend den Euro-
998 Krisenländern zugutekommen, führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung
999 der Bonität Deutschlands. Die umstrittenen „ESG-“ und „Taxonomie“-Vorgaben
1000 der EU, die ideologisch und in hohem Maße bürokratisch regulieren, welche
1001 Wirtschaftstätigkeiten „grün“ und damit förderungswürdig sind, stellen letztlich
1002 planwirtschaftliche Makrosteuerung dar.

1003 Die AfD fordert eine Rückkehr zum Konzept einer offenen Marktwirtschaft und
1004 die sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU: Keine vertragswidrige
1005 Vergemeinschaftung der Schulden, keine ideologische und zentralistische Geld-
1006 oder Wirtschaftspolitik, Rückkehr zu einer Kapitalallokation über
1007 funktionierende Märkte. Verschuldung und Steuererhebung darf es generell nur
1008 auf nationaler Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips geben! Damit wollen wir
1009 Geld freisetzen für nationale Wirtschafts- und Sozialprogramme mit klarem
1010 Fokus auf langfristige, nachhaltige Infrastrukturinvestitionen.

1011

1012 Solange der Euro jedoch zu Lasten Deutschlands fortbesteht, sollte auch
1013 Deutschland einen großen Teil seiner Neuverschuldung über EZB und EU
1014 abwickeln. Die Mittel sind strikt für Hilfen und Investitionen in Deutschland
1015 einzusetzen.

1016 **Erhalt des Bargelds**

1017 Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung.
1018 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung,
1019 Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine
1020 schleichende Abschaffung betrieben. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die
1021 Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher
1022 eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds ermöglicht für den Krisenfall die
1023 Enteignung von Kontoinhabern. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine
1024 weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein Bargeldverbot
1025 würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden
1026 können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme
1027 und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, sogar
1028 über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne
1029 Mensch – Vollüberwachung und Regulierung bis hinein in private, ja intime
1030 Lebensbereiche (chinesisches „social credit“-System), wären damit
1031 vorprogrammiert. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche
1032 Überwachungs- und Steuerungsmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus
1033 sind elektronische Systeme nicht ausfall- und manipulationssicher.

1034 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung
1035 als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht und dessen Verankerung im
1036 Grundgesetz. Die AfD spricht sich gegen einen von der EZB zentral
1037 herausgegebenen digitalen Euro aus, der ein Einfallstor für die schleichende
1038 Abschaffung des Bargeldes wäre. Die Verfügbarkeit und
1039 Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes müssen erhalten bleiben. Die AfD
1040 stellt sich gegen eine Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen
1041 Handlungen durch regulatorisch oder faktisch verpflichtende elektronische
1042 Zahlungsvorgänge.

1043 **Keine deutsche Haftung für ausländische Banken**

1044 Banken sind für das Funktionieren von Volkswirtschaften lebenswichtig. Mit
1045 Europäischen Bankenunion würden auch die bisher kommunal verankerten
1046 deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private
1047 Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Das geplante europäische
1048 Einlagensicherungssystem wäre mit mehreren Billionen Euro die größte
1049 gemeinschaftliche Haftungsfazität der EU. Durch diese Vergemeinschaftung
1050 würden deutsche Sparer und Bankkunden mit ihren Einlagen für marode Banken
1051 in anderen, etwa den Mittelmeerländern, haften, die bereits heute große
1052 uneinbringliche Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle
1053 wären nur eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche Haftung auslösen!
1054 Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte vertiefte Haftungs-
1055 und Transferunion.

1056

1057 Wir verlangen, dass die deutschen Banken Haftungen auf die nationale Ebene
1058 begrenzen und auch weiterhin eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-
1059 Verbundlösungen schaffen können. Wir treten dafür ein, die nationale
1060 Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen.
1061 Die AfD wendet sich gegen die europäische Vergemeinschaftung von
1062 Haftungsrisiken.

1063 **Target-2-Risiko beenden**

1064 Die Target-2-Forderungen (Überziehungskredite im Abrechnungssystem der
1065 EZB) der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB beziehungsweise indirekt
1066 gegenüber einzelnen Euro-Südstaaten betragen über 1,2 Billionen Euro. Diese
1067 Forderungen der Bundesbank sind, nach den geltenden EZB-Regeln,
1068 unbesicherte, nicht risikoadäquat verzinst und nicht fälligstellbare
1069 Forderungen. Es gibt eine Reihe wahrscheinlicher Szenarien für eine
1070 Ausbuchung dieser Beträge. Target-2-Wertverluste stellen ein hohes Milliarden-
1071 Risiko für den Bundeshaushalt und damit für den deutschen Steuerzahler dar.
1072 Sicher ist, dass die EZB als Anspruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-
1073)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in
1074 abgewerteten Euros oder gar nicht mehr einlösen wird. Die uneinbringlichen
1075 Forderungssalden müssen nutzbar gemacht werden, wenn sie schon nicht
1076 abgeschmolzen werden können. Eine Option wäre, das in Form von Target 2 unter
1077 Nutzung vergangener Arbeitsleistung der Deutschen bereits erwirtschaftete
1078 Vermögen etwa über einen deutschen Staatsfonds in Sachwert-Investitionen
1079 anzulegen.

1080

1081 Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die bislang
1082 geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos „Target-2“ zu beenden.
1083 Diese Forderungen der Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen,
1084 angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch
1085 offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die Target-Forderungen zu
1086 „monetarisieren“ bzw. nutzbar zu machen. So sollte Deutschland seine Target-
1087 Forderungen z.B. in ausländische Aktien oder Gold oder in einem nationalen
1088 Sachwertfonds anlegen.

1089 **Schutz gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, Staatsgold** 1090 **zurück nach Deutschland holen**

1091 Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall
1092 handlungsfähig sein. Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte

1093 das teilweise im Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption
1094 dienen. Gold ist nach aller historischer Erfahrung eine potenzielle Deckung für
1095 eine Währung, was besonders in Krisensituationen bzw. nach Einführung einer
1096 neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant wird. Staatsgold muss als
1097 potenziell letzte Währungsreserve ohne Gegenparteien- oder Verwahrnisiko im
1098 eigenen Land aufbewahrt werden.

1099

1100 Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte
1101 Staatsgold vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD
1102 die Herbeiführung eines verfassungsrechtlich abgesicherten bilanziellen
1103 Sonderstatus der Goldreserve zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr. Langfristig
1104 halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu
1105 einem freien Währungswettbewerb oder einer goldgedeckten Währung.

1106

Außenpolitik

1107 **Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen**

1108 Ziel deutscher Außenpolitik nach unseren Vorstellungen ist ein souveränes
1109 Deutschland, das Freiheit, Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger
1110 garantiert. Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen die
1111 zentralistischen Bestrebungen der EU entschieden ab. Aus geopolitischen und
1112 ökonomischen Notwendigkeiten heraus streben wir eine Wirtschafts- und
1113 Interessengemeinschaft an, die ein Staatenbund mit koordiniertem Auftreten
1114 nach Außen und der weitgehenden Souveränität nach Innen sein soll.
1115 Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse
1116 statt wirklichkeitsfremder Ideologien sein.

1117

1118 Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen
1119 Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, deren legitime
1120 Sicherheitsinteressen dabei zu berücksichtigen sind. Die Rolle der Organisation
1121 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Stabilisierung von
1122 Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie muss weiterentwickelt werden.
1123 Wir setzen uns für die Achtung des Völkerrechts und dabei insbesondere für das
1124 Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Gleichzeitig fordern wir die Einhaltung
1125 des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten
1126 durch andere Mächte und nichtstaatliche Akteure. Dies gilt auch für die
1127 Einmischung der EU in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten. Weitere
1128 Reparationsforderungen, wie etwa von Polen und Griechenland vorgetragen,
1129 lehnen wir ab, weil diese Fragen völkerrechtlich bereits abschließend geklärt
1130 sind. Die in Europa entstandene Rechts- und Friedensordnung darf nicht durch
1131 inakzeptable Forderungen infrage gestellt werden.

1132

1133 **Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen**

1134 Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen
1135 zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, demokratischen
1136 Entscheidungsfindung und Ausgestaltung ihrer Rechtsgestaltung
1137 einzuschränken. Eine rechtlich formalisierte gemeinsame Außen- und
1138 Sicherheitspolitik der EU (GASP) lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen
1139 Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die
1140 zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu
1141 intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren.

1142

1143 Wir befürworten ein flexibles Netzwerk, an dem jeder europäische Staat nach
1144 seiner jeweiligen Interessenlage und nach seinen Möglichkeiten teilnehmen
1145 kann. Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenzen findet die Konstituierung
1146 und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen
1147 sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier
1148 beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält.

1149 **USA**

1150 Gute Beziehungen zu den USA sind für Deutschland und Europa von wesentlicher
1151 Bedeutung. Wir wollen eine Partnerschaft mit den USA „auf Augenhöhe“. Dazu
1152 gehört insbesondere die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen,
1153 technologischen und wissenschaftlichen Austauschs. Die geopolitischen und
1154 ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich jedoch in zunehmendem
1155 Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein Beispiel
1156 dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die
1157 Inbetriebnahme der Nord-Stream-Ferngasleitung zu verhindern.

1158

1159 Das Projekt Nord Stream ist für die europäische Energieversorgung von
1160 herausragender Bedeutung und nicht ohne weitreichende wirtschaftliche
1161 Probleme zu ersetzen. Deutschland darf sich nicht durch weichenstellende
1162 Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in Konflikte hineinziehen

1163 lassen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA zwingt Deutschland dazu,
1164 seine Interessen eigenständig zu formulieren. Dies sollte in möglichst enger
1165 Abstimmung mit anderen europäischen Staaten erfolgen.

1166 **Russland**

1167 Die russische Invasion hat in der Ukraine viel Leid unter den Betroffenen erzeugt.
1168 Durch den Krieg wurde die Außenpolitik Deutschlands enorm erschwert. Aus der
1169 geostrategischen Lage Russlands, mit den daraus resultierenden historischen
1170 und wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere auch mit Deutschland, ergibt
1171 sich die Notwendigkeit, mit diplomatischen Mitteln auf eine Beendigung des
1172 Krieges hinzuwirken und so auch für friedliche deutsch-russische Beziehungen
1173 zu sorgen. Wir als Deutsche sehen bereits seit mehreren Jahrhunderten, dass es
1174 ohne Russland keinen dauerhaften Frieden in Europa geben kann. Russland war
1175 über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen
1176 Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie die
1177 Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des
1178 ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der
1179 Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord
1180 Stream-Leitungen. Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen
1181 Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden.

1182 **China**

1183 Das Verhältnis zu China muss sich an den realpolitischen Interessen
1184 Deutschlands orientieren. Für Deutschland ist China einer der wichtigsten
1185 Handelspartner. Der Patentschutz, die Intensivierung der Beteiligung an
1186 chinesischen Unternehmen, die Wahrung von Unternehmensgeheimnissen und
1187 der bilaterale freie Handel müssen in den Fokus des deutsch-chinesischen
1188 Verhältnisses gerückt werden.

1189

1190 Mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ hat China ein Jahrhundertvorhaben
1191 begonnen. Um auf gleichberechtigter Grundlage mitgestalten zu können, setzt

1192 sich die AfD für eine offensive Beteiligung Deutschlands ein. Die Seidenstraßen-
1193 Strategie von Ost nach West sollte Deutschland durch eine Initiative von West
1194 nach Ost ergänzen. Das gilt insbesondere für überregionale
1195 Infrastrukturprojekte.

1196

1197 Deutschland sollte einen Beobachterstatus in der Shanghaier Organisation für
1198 Zusammenarbeit (SOZ) anstreben, um der Bedeutung dieses Marktes
1199 angemessen Rechnung tragen zu können.

1200 **Europäischer Nachbarraum**

1201 Nordafrika sowie der Nahe und Mittlere Osten sind ein für Europa geostrategisch
1202 wichtiger Großraum. Die AfD setzt sich für die friedliche Lösung von Konflikten
1203 ein. Frieden, Stabilität und Wohlstand bilden die Voraussetzung für ein Ende der
1204 Massenmigration.

1205

1206 Die Türkei ist für uns ein wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Partner.
1207 Allerdings lehnen wir die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten
1208 mittels ideologischer oder finanzieller Förderung islamistischer Gruppen im
1209 europäischen Raum ab. Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die AfD
1210 fordert den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei
1211 und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.

1212 **Verteidigungs- und Sicherheitspolitik**

1213 **Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische Selbstständigkeit** 1214 **Europas im neuen Zeitalter**

1215 Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Ordnung, die Europa
1216 vor sicherheitspolitische Herausforderungen stellt und neue Regeln erfordert.
1217 Auch in dieser veränderten Ordnung werden globale und regionale Großmächte
1218 um Vormachtstellungen ringen. Deutschland und Europa dürfen sich dabei nicht
1219 zu Gefolgsleuten einer Großmacht reduzieren lassen. Europa muss sich künftig

1220 als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur verstehen und einen
1221 unabhängigen Pol in der neuen, multipolaren Welt zu bilden versuchen.

1222

1223 Die Zukunft der europäischen Sicherheit liegt in der Bündelung der militärischen
1224 Fähigkeiten der Staaten in einem eigenen System kollektiver Sicherheit. Die
1225 europäischen Nationalstaaten sollen von dem Willen geleitet sein, ihre
1226 Streitkräfte in einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenzufassen. Unser
1227 Anspruch muss sein, die militärischen Fähigkeiten der europäischen Staaten
1228 auszubauen, um die in Europa stationierten US-Streitkräfte durch eigene
1229 Streitkräfte ersetzen zu können.

1230 **Deutscher Beitrag zur europäischen Sicherheit**

1231 Nach jetzigem Stand ist die Bundeswehr weder zahlenmäßig noch
1232 ausrüstungstechnisch zur Verteidigung des Bundesgebietes in der Lage. Die
1233 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss unverzüglich wiederhergestellt
1234 werden. Schwerpunkt dabei soll die Befähigung zur Landesverteidigung und die
1235 Sicherung der Handelswege sein.

1236

1237 Die größte Herausforderung sehen wir hierbei in der Aufstockung des Personals
1238 auf die notwendige Größe sowie der Beschaffung und Einführung von neuen
1239 Waffensystemen im entsprechenden Umfang. Die Sicherung personeller
1240 Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr werden nur möglich sein,
1241 wenn wir die Aussetzung der Wehrpflicht wieder rückgängig machen. Der
1242 Wehretat ist den Anforderungen der sicherheitspolitischen Strategie
1243 Deutschlands anzupassen.

1244 **Erhalt und Ausbau der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie**

1245 Die AfD fordert den Erhalt und Ausbau der wehrtechnischen Fähigkeiten, die
1246 Sicherung der in diesem Hochtechnologiesektor bestehenden Arbeitsplätze
1247 sowie Planungssicherheit für die deutsche Industrie und unsere Streitkräfte.
1248 Dafür müssen unter anderem neue wehrtechnische Programme initiiert werden.
1249 Im Rahmen künftiger Rüstungskoperationen bestehen wir auf dem Schutz

1250 deutscher Interessen. Unsere Schlüsseltechnologien dürfen nicht an Drittstaaten
1251 veräußert werden. Zudem muss auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der
1252 Finanzierung und der anteiligen Produktion in Deutschland geachtet werden. Bei
1253 Schlüsselfähigkeiten muss Deutschland die Systemführerschaft anstreben.
1254 Neubeschaffungen von Wehrmaterial sollten vorrangig aus deutscher und
1255 europäischer Produktion stammen.

1256 **Außenhandelspolitik**

1257 Die AfD strebt die Neufassung der europäischen Zusammenarbeit an. Vor diesem
1258 Hintergrund soll es auch zukünftig eine eng abgestimmte europäische
1259 Außenhandelspolitik geben. Wir befürworten eine Reform der
1260 Welthandelsorganisation (WTO) und eine verstärkte Zusammenarbeit
1261 beispielsweise mit den BRICS-Staaten oder regionalen Organisationen wie
1262 ASEAN und Mercosur.

1263

1264 Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt und durch die
1265 nationalen Parlamente ratifiziert werden. Die AfD lehnt die Übertragung von
1266 nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte ab. Wesentlich
1267 stärker als bisher müssen die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen
1268 im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik Berücksichtigung finden. Bürokratische
1269 Hemmnisse wie das Lieferkettengesetz lehnen wir ab. Gleichwohl sind die
1270 Standards im Verbraucher- und Umweltschutz sowie im Sozialbereich zu
1271 erhalten. Wir unterstützen prinzipiell eine Rückverlagerung der Fertigung für
1272 Europa in den europäischen Raum. Auf diese Weise möchten wir den Anteil der
1273 Industrie an der Wertschöpfung in Deutschland wieder steigern und regionale,
1274 nachhaltige und weniger störanfällige Wirtschaftskreisläufe entwickeln.

1275

1276 Außenpolitik darf nicht auf die Abnutzung in einem Wirtschaftskrieg
1277 ausgerichtet sein, sondern muss wieder den Zielen Wirtschaftswachstum,
1278 Wohlstand und Schutz der heimischen Industrie verpflichtet sein. Die
1279 bestehenden Sanktionen gegen Russland und Syrien wollen wir aufheben,
1280 etwaige Sanktionen gegen China lehnen wir ab. Gegen ungerechtfertigte

1281 Handelsbeschränkungen von Drittstaaten sind angemessene Maßnahmen zu
1282 ergreifen und der Schutz geistigen Eigentums sowie die Gleichbehandlung von
1283 Unternehmen zu sichern.

1284

1285 Außenhandels-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen aufeinander
1286 abgestimmt werden. Die Freiheit der See- und Handelswege und damit der
1287 Zugang zu Rohstoffen, Energie und Absatzmärkten sind sicherzustellen.

1288 **Entwicklungspolitik**

1289 Die AfD fordert, dass die Entwicklungspolitik wieder ganz auf die nationale Ebene
1290 verlagert wird. Von gemeinsamen Projekten sollen jeweils beide Seiten
1291 profitieren. Entwicklungshilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Projekte müssen
1292 einer strikten Verwendungskontrolle und einer regelmäßigen Evaluierung der
1293 Ergebnisse unterzogen werden. Die Gewährung von Entwicklungshilfe ist u.a. an
1294 die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten zu knüpfen.
1295 Privatwirtschaftliche Initiativen, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und die
1296 Versorgungssicherheit sind zu fördern. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau
1297 (KfW) ist im Bereich der internationalen Entwicklungsfinanzierung zu stärken.
1298 Für den afrikanischen Kontinent muss die deutsche Regierung eine
1299 ressortübergreifende kohärente Afrika-Strategie ausarbeiten. Atommächten
1300 und Staaten, die selbst Entwicklungshilfe gewähren, soll keine Entwicklungshilfe
1301 mehr zufließen.

1302 **Auswärtige Kulturpolitik**

1303 Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu
1304 anderen Völkern zu bauen, das Wissen um die deutsche Kultur und Geschichte zu
1305 vertiefen und die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung
1306 und Pflege internationaler Kontakte zu unterstützen. Die derzeit mit diesen
1307 Aufgaben betrauten Institutionen (Auslandssender, Goethe-Institut, diverse
1308 regionale Einzelprojekte) werden diesem Anspruch seit Jahren nicht gerecht.
1309 Deutsch ist die meistgesprochene Sprache in der EU. Deshalb muss die deutsche

1310 Sprache in den europäischen Institutionen auch de facto den Sprachen Englisch
1311 und Französisch gleichgestellt werden.

1312

1313 Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber
1314 deutschen Minderheiten im Ausland und wird sich für deren Interessen
1315 einsetzen. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Sprachunterrichts in
1316 Gebieten mit deutscher Minderheit, die Förderung deutscher Schulen,
1317 Kindergärten, Zeitungen und Bibliotheken sowie der Austausch von Künstlern
1318 über die Grenzen hinweg.

1319

Verkehr

1320 Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte
1321 Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Politik, die bestimmte
1322 Verkehrsmittel bevorzugt, benachteiligt oder gar verbietet, lehnt die AfD ab. Im
1323 Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger bei der Wahl des
1324 Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

1325 Motorisierten Individualverkehr schützen

1326 Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als
1327 beliebteste und modernste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik
1328 und stauvermeidende Verkehrsführung schützen dabei die Umwelt.
1329 Wissenschaftlich mangelhaft begründete Maßnahmen, wie z.B.
1330 Dieselfahrverbote oder die Einrichtung von Umweltspuren erreichen dies nicht.
1331 Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen
1332 Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos
1333 sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt ein generelles
1334 Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Sie möchte Jugendlichen ab 16
1335 Jahren das begleitete Fahren ermöglichen, um frühzeitig und verantwortungsvoll
1336 am Straßenverkehr teilzunehmen.

1337 Europäische Verkehrsverbindungen stärken

1338 Die wachsende Bedeutung der Ost-West-Verbindungen in Deutschland für das
1339 europäische Verkehrsnetz sind auch von der Europäischen Union anzuerkennen
1340 und entsprechend zu fördern. Insbesondere die schon über viele Jahre
1341 bestehenden Lücken im Autobahnnetz sind schnellstmöglich zu schließen. Viele
1342 Autobahnen und Brücken in Deutschland müssen seit langem dringend saniert
1343 und instand gesetzt werden. Das geht nur mit effizienten Maßnahmen in der
1344 Planung und Ausführung von Baustellen sowie mit schneller Arbeit der
1345 Verwaltung. Zudem fordert die AfD eine ausreichende Anzahl an Lkw-
1346 Parkplätzen sowie die konsequente Anwendung bestehender Lkw-
1347 Überholverbote zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer.

1348 **Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und** 1349 **Wasserwege verlagern**

1350 Die Lkw-Maut soll dazu beitragen, den Transit-Güterverkehr auf die Schiene und
1351 Wasserwege zu lenken. Das Konzept der „Rollenden Landstraße“ und des
1352 Wechselbrückenumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland
1353 mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz von Verladestellen und
1354 multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist
1355 daher zu verdichten. Die Deutsche Bahn ist hierbei zu ertüchtigen, damit sie diese
1356 Aufgabe bewältigen kann. Um Straße und Schiene grenzüberschreitend zu
1357 entlasten, fordern wir, die natürlichen Ressourcen des Wassers effizienter zu
1358 nutzen sowie marode Schleusen und Wehre flächendeckend zu sanieren.

1359 **Europäischen Schienenverkehr für die Zukunft ertüchtigen**

1360 Die AfD möchte die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam zukunftsfähig
1361 ausbauen, auch um bereits bestehende Verträge mit unseren Schweizer
1362 Nachbarn erfüllen zu können. Im Schienenverkehr muss die Blockade durch
1363 länderspezifische Signaleinrichtungen überwunden werden. Die grundsätzlich
1364 gute Idee zur Einführung eines einheitlichen europäischen
1365 Zugsicherungssystems (ETCS) hat sich unter dem Einfluss nationaler
1366 Abschottungsinteressen zu einem Milliardengrab entwickelt. Die AfD setzt sich
1367 dafür ein, dieses System auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren,
1368 um damit europaweite Kompatibilität zu gewährleisten und Kosten zu
1369 reduzieren. Für den Ausbau des europäischen Schienennetzes gilt es zunächst,
1370 die prekäre Stromversorgung in Deutschland zu stabilisieren, die schon zu
1371 zahlreichen Zugausfällen geführt hat.

1372 **Güterkraftverkehr ohne Lohn- und Sozialdumping**

1373 Da annähernd die Hälfte der Lastwagen im Fernverkehr heute aus Osteuropa zu
1374 Dumpingpreisen fährt und dabei die Frachterbringung von ausländischen
1375 Unternehmen in einem Nachbarland (Kabotage) erheblich ansteigt, besteht
1376 Handlungsbedarf. Verstärkte Kontrollen und höhere Strafen bei den Themen

1377 Lenkzeit und Fahrerüberlassung im paneuropäischen Güterkraftverkehr planen
1378 wir als wirksame Instrumente. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass deutsche
1379 Unternehmen wieder konkurrenzfähiger werden.

1380 **Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken**

1381 Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich
1382 gegen unrealistische EU-CO₂-Reduktionsziele. Der globale Flugverkehr ist von
1383 elementarer Bedeutung für Deutschland und Europa – und darf nicht kurzfristig
1384 einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Um sinnlose
1385 Leerflüge zum Erhalt von Start- und Landerechten zu vermeiden, setzt sich die
1386 AfD dafür ein, dass diese wieder in die Obhut der Nationalstaaten überführt
1387 werden.

1388 **Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten**

1389 Die AfD weiß um die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und
1390 Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige
1391 Mittelstand, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig
1392 vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der EU, für
1393 eine technologieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die AfD setzt sich generell für
1394 den Erhalt des Verbrennungsmotors ein. Die einseitige Bevorzugung von
1395 Elektromobilität durch die EU ist sofort zu stoppen, da diese aus Gründen
1396 mangelnder Stromkapazität und Infrastruktur gar nicht flächendeckend
1397 eingesetzt werden kann. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem
1398 weit stärker als der Verbrennungsmotor.

1399

1400 Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst
1401 wird oder weiter existiert, muss eine reine Frage des technischen Fortschritts
1402 sowie des Marktes bleiben. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit
1403 synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer
1404 Abgabenlast mit elektrisch angetriebenen Fahrzeugen gleichbehandelt werden.
1405 Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug insgesamt.

- 1406 Die AfD spricht sich gegen die geplante Verschärfung der europäischen
1407 Abgasnormen aus und lehnt insbesondere Euro7 ab.

1408

Bauen und Wohnen

1409 Europa zeichnet sich seit Jahrhunderten durch eine Vielfalt nationaler Baustile
1410 aus. Die Art zu Bauen und Wohnen ist in Europa historisch gewachsen und
1411 geprägt durch nationale und landschaftliche Eigenheiten. Die gewachsene
1412 städtische und dörfliche Wohnkultur ist ein Schatz, den es zu erhalten gilt.

1413

1414 Das Baurecht und die zugehörigen Verordnungen gehören ausschließlich in
1415 nationale Zuständigkeiten. Jegliches Eingreifen in die bauliche Planungshoheit
1416 der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ist abzulehnen. Die AfD verteidigt die Vielfalt
1417 der europäischen Baukultur und wendet sich gegen die Vereinheitlichung sowie
1418 Verschärfung der Baurichtlinien durch die EU, die zu einer enormen Kosten- und
1419 damit auch Mietsteigerung im Wohnungsbau führen.

Keine EU-Zuständigkeit für Bauen und Wohnen

1421 Obwohl die EU keine eigenständige Gesetzgebungskompetenz für die Bereiche
1422 Bauen und Wohnen besitzt, versucht sie, auch auf diesem Feld, politischen
1423 Einfluss zu nehmen. Dies geschieht über die EU-Energiepolitik. Es kann aber
1424 keine EU-Vorschrift geben, die passend für alle Gebäude von Finnland bis
1425 Portugal ist!

1426

1427 Die AfD kämpft gegen die Bestrebungen der EU, ab 2030 nur noch den Bau von
1428 sogenannten klimaneutralen Wohnhäusern zu erlauben. Ebenso weisen wir das
1429 unrealistische Ziel zurück, den kompletten Gebäudebestand in der EU
1430 mittelfristig emissionsfrei umzugestalten. Die EU will Ausnahmen nur noch für
1431 historische Gebäude, Kirchen und Verteidigungsanlagen zulassen.

1432

1433 Diese EU-Agenda missachtet den Wunsch der Bürger nach bedarfsgerechtem
1434 und kostengünstigem Wohnraum. Die AfD lehnt eine EU-weite Solarpflicht auf
1435 den Dächern von neuen und sanierten Wohnhäusern sowie von Industrieanlagen
1436 ab. Mit der AfD gibt es keine EU-Sanierungspflicht für angeblich ineffiziente
1437 Gebäude.

1438 **Finanzierung, Förderung und Migration**

1439 Die europäische Kreditrichtlinie für Wohnimmobilien verhindert vielfach die
1440 erforderliche Kreditfinanzierung für junge Familien, Selbständige und ältere
1441 Mitbürger. Deshalb fordert die AfD die ersatzlose Aufhebung der europäischen
1442 Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

1443

1444 Alle Förderungen der EU zum Wohnungsbau müssen an die nationale und
1445 regionale Ebene rückübertragen werden, damit sie dort zielgerichtet und
1446 effizient eingesetzt werden können.

1447

1448 Die Migrationspolitik der EU trägt maßgeblich dazu bei, dass auch in Deutschland
1449 der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische
1450 verdrängt werden. Diese Politik muss umgehend beendet werden.

1451 **Infrastruktur**

1452 Analog zur strategischen Ölreserve sind entsprechende Speicher für Gas
1453 vorzuhalten, die deutschen Unternehmen und Verbrauchern zur Verfügung
1454 stehen. Die Stränge der Nord-Stream-Leitung sind, soweit intakt, umgehend zur
1455 Gaslieferung freizugeben. Die Reparatur der durch einen Terroranschlag
1456 beschädigten Leitungen ist sofort zu veranlassen.

1457 **Ideologiefreie Raumplanung und -nutzung**

1458 Zurzeit werden in Deutschland und anderen EU-Ländern bestehende
1459 Landesentwicklungspläne geändert in Richtung einer vorgeblich
1460 „klimabeständigen Raumplanung und -nutzung“. Hierbei wird in erster Linie das
1461 Ziel verfolgt, mehr Windparks und großflächige Photovoltaik-Anlagen überall in
1462 Europa zu bauen. Dabei werden Landschafts- und Naturschutz dem
1463 vermeintlichen Klimaschutz untergeordnet oder gar geopfert. Das schafft
1464 zahllose neue Probleme zu Lasten der Umwelt. Wir fordern deshalb: Keine
1465 flächendeckende Privilegierung für Bauwerke zur Erzeugung sogenannter
1466 „Erneuerbarer Energien“ im Außenbereich!

1467 Stattdessen streben wir die Erhaltung und Stärkung des eigenen Charakters
1468 europäischer Regionen an. Das bezieht sich auf die Struktur der Landwirtschaft
1469 sowie auf ortstypische Siedlungen.

1470 **Gleichberechtigung von Stadt und Land**

1471 Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum dürfen denen in den Städten und
1472 Metropolen nicht hinterherhinken. Die Stärkung der verkehrlichen und digitalen
1473 Infrastruktur unterstützen wir ausdrücklich. Eine entsprechende Förderung der
1474 Wirtschaft in ländlichen Gebieten ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu
1475 gleichen Lebensbedingungen. Ziel ist der „vitale ländliche Raum“.

1476 **Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl,**
1477 **Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz**

1478

1479 Unsere gewachsene Kulturlandschaft und die Umwelt werden durch einen
1480 immer weiter ausufernden und unerbittlichen EU-Zentralismus zunehmend
1481 gefährdet. Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten
1482 sich Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale
1483 Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch
1484 Implementierung des „Green Deals“ wird eine billionenschwere
1485 Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zur Deindustrialisierung und
1486 Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und Wirtschaft. Dabei wird
1487 das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsländer – eine der wesentlichen
1488 Gründungsleitlinien der EU – weiter unterlaufen.

1489

1490 Die EU hat es nicht geschafft, Landwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll
1491 miteinander zu verbinden. Ideologisch getriebene Fehlanreize und
1492 Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und
1493 Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur. Eine ausufernde
1494 Bürokratie zerstört die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft
1495 arbeitenden, regional verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.

1496

1497 Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und
1498 Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben. Dabei
1499 soll unsere Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tierschutz die Versorgung
1500 der Verbraucher mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sicherstellen.
1501 Deswegen fordern wir statt zentralistischer EU-Bürokratie eine auf regionale
1502 Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt-, Forst- und Landwirtschaftspolitik.

1503 **Förderung von Landwirtschaft und ländlichem Raum**

1504 Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau,
1505 Forstwirtschaft und Gartenbau – schaffen Arbeitsplätze – und sind als regional

1506 angebundene Primärversorger unserer Bevölkerung wichtige Leistungsträger.
1507 Wir müssen diesen elementaren Wirtschaftszweig wieder in den Fokus rücken!
1508 Die Jugend soll ein Verständnis für Natur und Landwirtschaft entwickeln.
1509 Regionale Produkte wie Gemüse, Obst, Fleisch und Fisch müssen Vorrang
1510 gegenüber Importware genießen. Die strukturellen Rahmenbedingungen der
1511 Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe
1512 langfristig wirtschaftlich tragfähig bleiben. Nur so können regionale
1513 Wertschöpfungsketten, kurze Transportwege und die Versorgung mit
1514 hochwertigen Lebensmitteln auch in Krisenzeiten gewährleistet werden.

1515

1516 Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und
1517 marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach-
1518 und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, Viehwirte und
1519 Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies
1520 kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn – wie bei der
1521 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – geschehen.

1522

1523 Es ist notwendig, Vermarktung und Handel so zu strukturieren, dass kleinere
1524 Landwirtschaftsbetriebe gegenüber den Großhandelsketten nicht benachteiligt
1525 sind. Dies muss durch die Schaffung fairer Beziehungen zwischen Erzeuger,
1526 Handel und Verbraucher sowie durch eine Stärkung der Direktvermarktung
1527 ermöglicht werden.

1528

1529 Die AfD steht für den Erhalt – und wo immer möglich auch für die Ausweitung –
1530 der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Eine Umwidmung von
1531 agrarwirtschaftlich hochwertigen Flächen zugunsten von sogenannten
1532 erneuerbaren Energien lehnen wir ab. Auch hier fordern wir: weniger EU, dafür
1533 mehr regionale und nationale Entscheidungsmacht!

1534

1535 Wirksamer Pflanzenschutz muss auf der Basis einer professionellen Ausbildung,
1536 guter fachlicher Praxis und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen.
1537 Auch hier ist dem national-regionalen Handlungsspielraum gegenüber einer

1538 zentralbürokratischen EU-Verwaltung Vorzug zu gewähren. Der Einsatz von
1539 Gentechnik sollte streng überwacht und stets auf seinen tatsächlichen Nutzen
1540 überprüft werden.

1541

1542 Eine vermehrte Inanspruchnahme durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen steht
1543 dem Ziel einer Flächenschonung entgegen. Insbesondere den Flächenfraß von
1544 Biotop- und Agrarflächen durch die sogenannte Agrivoltaik gilt es zu verhindern.
1545 Die euphemistisch als "Energieernte" bezeichnete Inanspruchnahme von
1546 Landschafts- und Anbauflächen steht im Widerspruch zur Selbstversorgung und
1547 degradiert die hiesige Landwirtschaft zum Gehilfen eines bereits gescheiterten
1548 Energiewende-Experiments. Zudem sind die Folgen für den Pflanzenanbau nicht
1549 ausreichend erforscht, um mögliche Ernteeinbußen zuverlässig einschätzen zu
1550 können.

1551 **Waldpflege und Forstwirtschaft**

1552 Die weitläufigen Waldflächen Europas müssen unter den Aspekten Ökologie,
1553 Ökonomie und Erholung geschützt werden. Dies kann jedoch nur unter strikter
1554 Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geschehen. Denn die unterschiedlichen
1555 klimatischen und geographischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste
1556 regionale Waldbewirtschaftung, ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel.

1557

1558 Planspiele fernab nationaler Besonderheiten sind deshalb fehl am Platz. Die
1559 Waldwirtschaft gehört in die regionale Hand forstwirtschaftlicher Fachleute und
1560 Eigentümer. Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant
1561 natürlicher Baustoffe und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige
1562 Bewirtschaftung über Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein!

1563

1564 Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines
1565 missverstandenen Schutzgedankens lehnen wir ab. Deutschland benötigt
1566 aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte
1567 Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine
1568 professionelle Bewirtschaftung auch unter dem Aspekt klimatischer Einflüsse

1569 unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für den nachhaltigen
1570 Waldumbau.

1571

1572 Wir fordern den Abbau ausufernder Bürokratie, übermäßiger
1573 Dokumentationspflichten und den Stopp nicht-staatlicher Pseudo-Zertifikate.
1574 Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit
1575 selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss
1576 schnellstmöglich beendet werden. Die Abholzung des Kulturgutes Wald für
1577 Windkraftanlagen lehnen wir ab. Solche Windkraftanlagen können unser
1578 Energieproblem nicht lösen.

1579 **Tierschutz und Tierwohl**

1580 Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für eine
1581 konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung
1582 für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe! Wir wollen in der Nutztierhaltung
1583 artgerechte Haltungssysteme fördern.

1584

1585 Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an
1586 Tiertransporten. Wir setzen uns für eine Transportwegbeschränkung von
1587 Lebewesen ein, die sechs Stunden nicht überschreiten darf. Zu Zwecken der
1588 Züchtung muss der Transport von Lebewesen zu definierten Bedingungen
1589 unter strikter veterinärmedizinischer Kontrolle durch zertifizierte Unternehmen
1590 möglich sein.

1591

1592 Die sich in artgerechter Haltung entwickelnden robusten und gesunden
1593 Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen
1594 Antibiotikaeinsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung
1595 bei.

1596

1597 Die Schlachtung nach religiösen Ritualen ist nur nach ausreichender Betäubung
1598 zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten Schlachtvorgang

1599 gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe sollte auch bei
1600 Importware Anwendung finden.

1601 **Jagd, Hege und Artenschutz**

1602 Jagd ist gelebter Naturschutz. Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang
1603 mit der Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz Wald mit Wild. Der in
1604 linksgrünen Kreisen vorherrschenden „Wald-vor-Wild“-Ideologie, die Wildarten
1605 zu Schädlingen degradiert, erteilen wir eine klare Absage. Denn diese steht in
1606 Widerspruch zu Tierschutz und Wildbiologie – und damit zur waidgerechten
1607 Jagd!

1608

1609 Die weitere Beeinträchtigung der waidgerechten Jagdausübung durch EU-
1610 Vorschriften im Jagd-, Waffen- und Lebensmittelrecht ist zu verhindern. Bereits
1611 bestehende Vorschriften sind zu überprüfen und den Interessen von Landwirten,
1612 Wald- und Grundbesitzern sowie Jägern anzugleichen. Die gute Ausbildung der
1613 Jagdscheininhaber in Deutschland darf nicht durch EU-Vorschriften verwässert
1614 werden.

1615

1616 Über aktives Management sollen problematische Wildtier-Bestandsgrößen
1617 zeitnah regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf
1618 zeigt, muss Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben.
1619 Die Population des Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand
1620 verstanden werden. Sie sollte räumlich und zahlenmäßig, nach schwedischem
1621 und norwegischem Vorbild, reglementiert werden.

1622

1623 Invasive Arten und deren Wildtierpopulationen bedrohen unsere heimische
1624 Artenvielfalt, den Wildbesatz sowie die Land- und Viehwirtschaft. Regulierung
1625 und Zurückdrängung dieser Arten müssen unbürokratisch möglich sein, um die
1626 Natur zu stabilisieren und eine Gefährdung der heimischen Flora und Fauna zu
1627 verhindern.

1628 **Windkraftindustrie gegen Arten- und Landschaftsschutz**

1629 Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und
1630 Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der
1631 Menschen dar. Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten
1632 wird als Kollateralschaden der linksgrünen Energietransformation in Kauf
1633 genommen. Folgen daraus sind Bestandsrückgänge, die zum Aussterben
1634 geschützter Arten führen können. Keine andere Energieform fordert einen solch
1635 hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie! Die Auswirkungen von
1636 durch Windkraftanlagen verursachter Bodenerosion und Windschleppen sind
1637 schnellstmöglich zu erforschen. Bis zur Feststellung dieser Auswirkungen sind
1638 weitere Genehmigungen auszusetzen. Zudem hat diese Energieerzeugungsart
1639 massive Auswirkungen auf den Boden- und den Wasserhaushalt. Weitere
1640 Schädigungen unserer Natur durch diese ideologisch forcierte Industrialisierung
1641 im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes müssen unter allen Umständen
1642 verhindert werden.

1643 **Gewässerschutz**

1644 Mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wurden für den Bereich der EU
1645 zentrale Grenzwerte vorgegeben, die für die Mitgliedsstaaten verpflichtend sind.
1646 Ein derart zentralistisch geregelter Ordnungsrahmen verursacht in den
1647 einzelnen Regionen unterschiedliche Anpassungsschwierigkeiten und
1648 überbordende Bürokratie, die Maßnahmen beim Überschreiten von
1649 evidenzbasierten Grenzwerten verhindern. Daher gehört der Gewässerschutz
1650 hauptsächlich in die Hände der Nationalstaaten und in Deutschland in die der
1651 Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit Vertretern
1652 von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver
1653 den Gewässerschutz sicherstellen.

1654 **Verbraucherschutz**

1655 Der Verbraucher muss den zunehmend global agierenden Unternehmen auf
1656 Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und
1657 Sachgütern fehlen dem Verbraucher jedoch wesentliche Informationen über
1658 Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen,
1659 eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können und fordert, die
1660 asymmetrische Informationslage zwischen Verbraucher und Unternehmer
1661 auszugleichen. Dabei wollen wir die Verbraucher weder staatlich bevormunden
1662 noch mit zu vielen Informationen verwirren. Unsere Ziele sind klar erkennbare,
1663 transparente Informationen und aufgeklärte Verbraucher. Dies darf jedoch nicht
1664 zu unpraktikablen Vorschriften führen.

1665

1666 Deutschland verfügt über eine gut strukturierte Lebensmittelkontrolle. Hier
1667 bedarf es keiner übergeordneten EU-Behörde. Wir lehnen supranationale
1668 Eingriffe in Verfahrensabläufe ab und setzen uns für die Rückverlagerungen von
1669 Kompetenzen hin zu den Nationalstaaten ein. Auf europäischer Ebene können
1670 gesamteuropäische Fragestellungen erörtert und dann im Abgleich entschieden
1671 werden – nicht umgekehrt. Die europäische Harmonisierung der
1672 Lebensmittelsicherheit darf keine Absenkung des Niveaus in Deutschland
1673 bewirken. Wir lehnen daher zentralistische Vorschriften ab.

1674

1675 Wir fordern ein effizientes Schnellwarnsystem für Futtermittel- und
1676 Lebensmittelsicherheit. Bei begründetem Verdacht auf schädliche Produkte,
1677 Lebensmittelgifte oder Tierseuchen setzen wir uns für Kontrollen an den
1678 europäischen Binnengrenzen ein. Ferner fordern wir die Kennzeichnung von
1679 Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit Bezug zum
1680 Verkaufspreis ein, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So darf es keine
1681 verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese ist
1682 deutlich zu kennzeichnen. Die AfD lehnt eine Aufweichung geltender Standards
1683 durch einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen entschieden ab!

Klima, Energie und Digitalisierung

1684

1685 CO₂ bildet eine der Grundlagen unserer Existenz. Ohne CO₂ in der Luft gäbe es
1686 keine Pflanzen. Seit dem Bestehen der Erde hat sich das Klima stets geändert. Ein
1687 konstantes Klima über lange Zeiträume hat es nie gegeben. Auch seit der letzten
1688 Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren wechselte das Klima in Europa zwischen Phasen,
1689 die kälter oder wärmer waren als das aktuelle Klima. Die jetzigen klimatischen
1690 Veränderungen ordnen sich vollkommen normal – auch in ihrer
1691 Geschwindigkeit – in diese Wechsel ein. Trotz des durch Medien und Politik
1692 verbreiteten Alarmismus zeigen sich in der Realität weder vermehrte
1693 Extremwetterereignisse noch ein beschleunigt ansteigender Meeresspiegel.
1694 Seitdem Menschen in Europa siedeln, haben sie sich immer an
1695 Klimaveränderungen angepasst. Auch heute ist Anpassung der einzig mögliche
1696 Umgang mit Klimaveränderungen.

1697

1698 Da veränderte klimatische Verhältnisse beispielsweise eine veränderte
1699 Niederschlagsvariabilität mit sich bringen, müssen wir unser
1700 Kanalisationssystem, Dämme gegen Sturmfluten und die Landwirtschaft darauf
1701 vorbereiten. Flussbegradigungen sollten, soweit möglich, rückgängig gemacht
1702 werden. Neue Technologien werden uns helfen, auf Veränderungen zu reagieren.
1703 Besonders wichtig ist es, die internationalen Handelsbeziehungen von
1704 Deutschland zu verstärken. Nationen, die über ein großes Handelsnetzwerk
1705 verfügen, sind robuster gegenüber negativen Auswirkungen möglicher
1706 Temperaturveränderungen.

1707

1708 Wir widersprechen und bekämpfen die klimapolitischen Vorschläge von Fridays
1709 for Future und weiterer NGOs auch deshalb entschieden, weil sie die industriellen
1710 Grundlagen unseres Wohlstandes zerstören. Wohlstand spielt aber eine
1711 entscheidende Rolle bei der Anpassung an klimatischen Veränderungen. In
1712 wohlhabenden Ländern sind weniger Opfer durch Naturkatastrophen und
1713 Wetterextreme zu verzeichnen. Je wohlhabender Deutschland ist, desto besser
1714 können wir unsere Bürger vor Klimaveränderungen schützen. Wir fordern daher

1715 mehr Investitionen, mehr internationalen Handel, mehr Wohlstand und
1716 niedrigere Steuern!

1717 **Keine ökosozialistische Umverteilung: “Fit für 55”**

1718 Das Paket “Fit für 55” ist eine aus der Hand der EU-Kommission in Verordnungen
1719 und Richtlinien gegossene Dystopie eines ökosozialistischen Brüsseler Haftungs-
1720 und Umverteilungsstaates. Die Ziffer 55 steht dabei für die bis zum Jahr 2030
1721 geforderte Reduktion der CO₂-Emissionen um 55 % im Vergleich zum Jahr 1990.
1722 In den verbleibenden Jahren bis 2030 soll die Emission also um 31 % verringert
1723 werden – in den letzten 32 Jahren wurden bereits 24 % erreicht. Allein dies zeigt
1724 die Ignoranz hinsichtlich Datengrundlage, Machbarkeit und Vernunft. Das Paket
1725 Fit für 55 stellt die rechtliche Untersetzung des “Green Deal” und damit eines
1726 transformativen Wandels unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Industrie dar.
1727 Seine Grundlage ist das 2021 beschlossene Europäische Klimagesetz.

1728

1729 Dieses von seinen Initiatoren als „unumkehrbar“ bezeichnete Generalgesetz
1730 fordert die Anpassung aller zukünftigen und bereits bestehenden Gesetze. Damit
1731 will man aus Brüssel unter Umgehung aller demokratisch gewählten und
1732 legitimierten nationalen Parlamente direkt in das persönliche Leben eines jeden
1733 Bürgers hineinregieren. Vielen Bürgern ist nicht bewusst, dass EU-
1734 Verordnungen automatisch Gültigkeit ohne Zustimmung des Deutschen
1735 Bundestages besitzen. Mittels der medial befeuerten Klimakatastrophen-
1736 Vorhersage will Fit für 55 nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine
1737 Konsumwende, eine Ressourcenwende, eine Mobilitätswende, eine
1738 Ernährungswende und eine industrielle Wende umsetzen. Das geplante Verbot
1739 von Öl- und Gasheizungen ist ein schwerer Eingriff in die Eigentums- und
1740 Grundrechte der Bürger, den die AfD politisch bekämpft.

1741

1742 Durch politische Reformen will die EU eine umfangreiche CO₂-Bepreisung in der
1743 gesamten Wirtschaft durchsetzen. Dies soll dann Veränderungen im Verhalten
1744 der Verbraucher und Unternehmer bewirken. Explodierende Energiepreise sind
1745 nur das erste Signal “grüner Weltrettung“. Der dadurch bewusst herbeigeführte

1746 Energiemangel soll einen dem Brüsseler Zentralstaat hilflos ausgelieferten und
1747 von monetären Wohltaten abhängigen Bürger hervorbringen. Er zementiert
1748 gleichzeitig eine noch nie dagewesene Umverteilung des Vermögens der
1749 deutschen Steuerzahler auf EU-Ebene. Dank der fortgesetzten Ausrufung von
1750 sogenannten Krisen, wie Klima-, Finanz-, Migrations-, Corona- und Gas-Krise, ist
1751 es Brüssel möglich, Finanzpakete in beispielloser Höhe bei „der Verteilung der
1752 verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihres relativen
1753 Wohlstands“ einzufordern.

1754

1755 Diese münden in der gemeinsamen Schuldenaufnahme des „Next Generation EU
1756 Fonds“. Zudem will die Kommission mit dem kommenden Europäischen
1757 Notstandsgesetz die direkte Kontrolle über den Wirtschaftssektor bis hinunter zu
1758 den einzelnen Unternehmen an sich ziehen. Ein „koordiniertes“ Konzept für die
1759 Risiko- und Krisenkommunikation gegenüber der Öffentlichkeit ist geplant. Die
1760 Feststellung eines Krisenfalls würde dann ohne parlamentarische Kontrolle
1761 erfolgen. Der Weg in einen planwirtschaftlich agierenden Überwachungsstaat ist
1762 vorgezeichnet.

1763 **CO₂-Steuer, Klimawahn und Grenzwerte**

1764 Die AfD lässt nicht zu, dass der Mensch anhand seines CO₂-Abdrucks beurteilt
1765 wird. Wir teilen die irrationale CO₂-Hysterie nicht, die unsere Gesellschaft, Kultur
1766 und Lebensweise strukturell zerstört. Wir stehen für Freiheit, Fortschritt und
1767 Wissenschaft!

1768

1769 Wir wollen keine EU-Grenzwerte, die Klimalobbyisten gegen die elementarsten
1770 Interessen Deutschlands durchsetzen können. Wir stehen klar für eine
1771 vernunftbasierte Grenzwertdiskussion: Maßnahmen müssen sachlich
1772 begründet, sinnvoll, bezahlbar und durchführbar sein! Die AfD stellt sich auch
1773 konsequent gegen „Greenwashing“, wodurch in Drittstaaten unter prekären
1774 Bedingungen Rohstoffe mit erheblicher Schädigung der Umwelt abgebaut
1775 werden.

1776 Für die politisch Verantwortlichen war das Diesel-Verbot nur der erste Schritt
1777 zum vollständigen Verbot von Verbrennungsmotoren, das von der EU bis zum
1778 Jahr 2035 angestrebt wird. Das Ziel der EU und etablierter Parteien ist die
1779 Abschaffung des Individualverkehrs für den Großteil der Bevölkerung. Die AfD
1780 steht auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit
1781 des Individualverkehrs als zivilisatorische Errungenschaft ansehen. Die
1782 Alternative für Deutschland lehnt daher Fahrverbote strikt ab.

1783 **Energie**

1784 Günstige und zuverlässige Energie ist der Schlüssel zu Wohlstand und Fortschritt.
1785 Volatile Energieträger sind trotz jahrzehntelanger Subventionen teuer und zur
1786 Versorgung der EU untauglich. Sie zerstören Natur- und Siedlungsraum.
1787 Speicher sind nicht umsetzbar. "Bio"-Gas und -treibstoffe entziehen der
1788 Lebensmittelerzeugung wertvolle Flächen und verteuern beide Güter. Aufgrund
1789 dieser ideologischen Energiepolitik werden Strom, Mobilität, warme Wohnungen
1790 und Nahrung für die Bürger zum Luxus. Industriebetriebe wie Verbraucher leiden
1791 unter den welthöchsten Energiepreisen. Abwanderung oder Verarmung sind die
1792 Folge. Wie am Ukraine-Konflikt ersichtlich, besteht ein direkter Zusammenhang
1793 zwischen Energie- und Außenpolitik.

1794

1795 Günstiges Erdgas für Haushalte und Betriebe sind von geostrategischem
1796 Interesse für Deutschland und Europa. Zukünftig sind einseitige Abhängigkeiten
1797 zu vermeiden. Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen
1798 Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder
1799 unkonventionelle Schiefergasgewinnung, noch Kernenergie oder Braunkohle
1800 auszuschließen. Schiefergasgewinnung wird seit Jahrzehnten auch in
1801 Deutschland praktiziert. Bei Einhaltung gängiger Vorschriften kann eine
1802 Umweltverschmutzung ausgeschlossen werden. Die Kernenergie bietet mit
1803 jahrzehntelang bewährter Hochsicherheitstechnologie eine umweltfreundliche
1804 und preisgünstige Energieversorgung für die nächsten Jahrtausende. Die
1805 Kohleverstromung ist dank ausgereifter Luftfilter sauber und unter anderem für
1806 die Gipsherstellung notwendig.

1807 Konkret sind unsere Forderungen:

- 1808 • Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer
- 1809 Ebene sowie die Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und andere CO₂-
- 1810 Reduktionspläne der Brüsseler Bürokraten stoppen
- 1811 • Abschaffung des EU-Emissionshandels und kein „CO₂-Ausgleich“ an den
- 1812 EU-Außengrenzen
- 1813 • Renationalisierung der Energiepolitik
- 1814 • Jeder Staat muss seine Versorgung mit Strom selbst sicherstellen
- 1815 • Streichung der Subventionen für die volatile Solar- und Windenergie
- 1816 • Diversifizierung der Energielieferanten (Staaten und Techniken)
- 1817 • Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge und Reparatur der beschädigten
- 1818 Leitungen
- 1819 • Kernenergieforschung wieder aufnehmen
- 1820 • Kohleverstromung (inkl. Braunkohle) erhalten, mindestens bis
- 1821 ausreichend Kernreaktoren am Netz sind

1822 Digitalisierung

1823 Die Freiheit der Bürger im Internet wird von Jahr zu Jahr durch meist politisch
1824 oder ideologisch begründete Eingriffe von Reichweiteneinschränkungen bis hin
1825 zum Ausschluss aus Diensten (Deplatforming) immer weiter eingeschränkt. Dies
1826 widerspricht unserem Verständnis von Freiheit. Vielmehr muss der Staat sich
1827 wieder auf den Sinn und Zweck des Internets besinnen: nämlich Menschen und
1828 Informationen zu verbinden. Die Digitalisierungsverordnungen der EU lehnen
1829 wir ab, da sie immer auch Überwachung oder Zensur zum Inhalt haben. Sie
1830 bedrohen die Freiheit der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder.
1831 Überbürokratisierung kostet Milliarden und verhindert
1832 Unternehmensgründungen und die Entwicklung neuer digitaler Techniken.
1833 Genannt seien DSGVO, Upload-Filter und das Leistungsschutzrecht. Die
1834 Mitgliedsländer der EU sind weitgehend von externer Hard- und Software
1835 abhängig. So kommt es auch bei der Hardware zu Problemen für die Sicherheit
1836 und Freiheit der Bürger durch absichtliche Lücken (Backdoors) oder
1837 unbestimmte Spionagesoftware im Hintergrund. Ein vorrangiges Ziel muss es

1838 daher sein, die Sicherheit der IT-Infrastruktur wiederherzustellen und
1839 unabhängiger von außereuropäischen Märkten zu werden, auch in Bezug auf die
1840 Datenhoheit. Für eine freiheitliche Gesellschaft ist es unabdingbar, dass digitale
1841 Netze und Angebote vertrauenswürdig sind und die Privatsphäre der Benutzer
1842 gewahrt bleibt.

1843

1844 Konkret sind unsere Forderungen:

- 1845 ● Die Freiheitsrechte der Bürger dürfen durch Digitalisierung nicht
1846 eingeschränkt werden
- 1847 ● Die EU muss von Plattformanbietern die Offenlegung und Einstellung aller
1848 Zensur-Aktivitäten einfordern
- 1849 ● Die Freiheit der Bürger in Bezug auf Wort und Daten sichern (Recht auf
1850 Verschlüsselung und Netzneutralität)
- 1851 ● Die Regulierung der Digitalisierung muss in nationaler Hand liegen und auf
1852 EU-Ebene muss Datensparsamkeit herrschen. Wir lehnen einen
1853 „Datenkraken EU“ ab
- 1854 ● Die DSGVO, die Verordnung zum Leistungsschutzrecht und Upload-Filter
1855 sind abzuschaffen
- 1856 ● Die Entwicklung europäischer, quelloffener Hard- und Software ist zur
1857 Stärkung der digitalen Souveränität zu fördern
- 1858 ● Das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand ist verpflichtend
1859 strategische und sicherheitspolitische Erwägungen auszurichten
- 1860 ● Ein Recht auf analoges Leben der Bürger: der Umgang mit Behörden und
1861 die Nutzung öffentlicher Einrichtungen muss auch ohne digitale Identität
1862 möglich sein
- 1863 ● Der Erhalt des Bargelds als uneingeschränktes Zahlungsmittel (Stichwort
1864 „digitaler Euro“)
- 1865 ● Keine digitale Erfassung sämtlicher Vermögenswerte in einem EU-
1866 Zentralregister

1867 **Für einen bürgerfreundlichen Datenschutz**

1868 Die DSGVO ist nicht nur ein Beispiel für Überbürokratisierung durch die EU,
1869 sondern steht auch für die systematische Missachtung des Grundsatzes der
1870 Subsidiarität. Auch die Zuständigkeit für den Datenschutz muss wieder den
1871 Nationalstaaten überantwortet werden.

1872

1873 Die Datenschutzgrundverordnung in der derzeitigen Form ist durch eine
1874 bürgerfreundliche nationale Regelung zu ersetzen.

1875

Gesundheitspolitik

1876

Gesundheitspolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben

1877

Seit dem Beginn der „Corona-Pandemie“ im Jahre 2020 wird deutlich erkennbar,

1878

dass sich auch in der Gesundheitspolitik der Einfluss der EU zu Lasten der

1879

Einzelstaaten immer mehr verstärkt. Die Folge ist eine massive Ausweitung des

1880

Einflusses der EU-Kommission und der EU-Agenturen EMA, ECDC, HERA und

1881

künftig EHDS auf die Gesundheitspolitik der Nationalstaaten. So kann die EU-

1882

Kommission ohne Zustimmung des EU-Parlamentes künftig Pandemien und

1883

Gesundheitsnotstände ausrufen. Die Seuchenkontrollbehörde (ECDC) ist dann

1884

befugt, die Gesundheitspolitik der Länder zu überwachen, dort einzugreifen und

1885

Notfall-Assistenzteams in die Länder zu entsenden. Durch Beschlüsse in EU-

1886

Institutionen mit fragwürdiger Legitimation und nicht zuletzt durch die

1887

Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) soll den Bürgern

1888

vorgeschrieben werden, wie sie mit eminent wichtigen Gesundheitsfragen

1889

umgehen und welche Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit

1890

sie hinzunehmen haben. Wir fordern eine EU-rechtliche Klarstellung, dass die

1891

Gesundheitspolitik im Zuständigkeitsbereich der nationalen Parlamente

1892

verbleibt. Ebenso lehnen wir auch die Verlagerung von Kompetenzen auf die

1893

WHO entschieden ab.

1894

Krankenhäuser nicht weiter privatisieren

1895

In den letzten Jahrzehnten ist ein sich stetig verstärkender Trend zur

1896

Privatisierung von Krankenhäusern zu beobachten. Der Marktanteil der

1897

privatisierten Kliniken beträgt bundesweit mittlerweile ca. ein Drittel und hat

1898

damit eine kritische Größe erreicht, um die vom deutschen Gesetzgeber

1899

geforderte Trägervielfalt aus öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten

1900

Trägern zu gefährden. Die Krankenhäuser müssen als kritische Infrastruktur

1901

überwiegend in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand verbleiben. Ebenso muss

1902

der gesetzlich verankerte Sicherstellungsauftrag durch die öffentliche Hand auch

1903

gewährleistet werden. Eine Einflussnahme der EU auf den Betrieb und die

1904

Finanzierung von Krankenhäusern in Deutschland sowie eine weitere

1905 Privatisierung lehnt die AfD daher ab. Dies gilt sinngemäß auch für stationäre
1906 Pflegeeinrichtungen und für Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

1907 **Arzneimittelversorgung sichern**

1908 Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln ist
1909 nach wie vor ein landesweites Netz an inhabergeführten Apotheken
1910 unabdingbar, was gerade auch für strukturschwache Regionen von großer
1911 Bedeutung ist, da die Apotheke im Ort zu den wesentlichen Voraussetzungen für
1912 eine regionale Strukturpolitik gehört. Dieses regional verankerte
1913 Versorgungsmodell wird jedoch durch den zunehmenden Versandhandel mit
1914 rezeptpflichtigen Medikamenten bedroht. Aus diesem Grund haben die meisten
1915 EU-Staaten den Versandhandel verboten oder stark eingeschränkt. Auch in
1916 Deutschland sollte der Versandhandel von Arzneien nicht mehr gestattet werden.
1917 Die nicht rezeptpflichtigen Medikamente können weiterhin ohne
1918 Einschränkungen auch über das Internet vertrieben werden.

1919
1920 Um überregionale Lieferengpässe zu vermeiden, ist sicherzustellen, dass in
1921 Deutschland verwendete Arzneimittel ausschließlich in Europa produziert
1922 werden. Darüber hinaus soll der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland
1923 verpflichtet werden, mindestens einen durchschnittlichen Zweimonatsbedarf an
1924 versorgungsrelevanten Arzneimitteln ständig vorrätig zu halten. Kurze Wege
1925 und die Stärkung der heimischen Produktion sind zu fördern.

1926 **Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender 1927 Mainstreaming“**

1928 Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 („Gesetz zum Schutz von Kindern
1929 mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“) wird in Deutschland eine
1930 Geschlechtsumwandlung, auch von Minderjährigen ohne Zustimmung der
1931 Erziehungsberechtigten wesentlich erleichtert. Dies schließt die Verwendung
1932 von sogenannten „Pubertätsblockern“ ein, um die geschlechtliche Entwicklung
1933 Minderjähriger pharmakologisch zu verzögern und operative Eingriffe im Sinne

1934 einer „Geschlechtsangleichung“ vorzubereiten. Die Folgen für die
1935 Heranwachsenden sind unumkehrbar und der lebenslange Schaden, psychisch
1936 wie physisch, ist immens.

1937

1938 Was in Deutschland bereits in Gesetzesform vorliegt, soll auf EU-Ebene als
1939 verbindliches „Recht“ für alle Bürger eingeführt werden. Das lehnen wir strikt ab.

1940 Auch der Frühsexualisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen,
1941 die entsprechenden Vorschub leisten soll, muss entschieden entgegengetreten
1942 werden.

1943 **Keine allgemeine Impfpflicht**

1944 Die „Ständige Impfkommision“ (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an
1945 Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der
1946 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich
1947 erzeugter Impfdruck (z. B. bei Covid) zusammen mit einem von der EU
1948 angedachten digitalen Impfbzertifikat wären erste Schritte hin zu weiteren
1949 staatlich verordneten Impfungen einschließlich der mRNA-Applikationen. Damit
1950 schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der
1951 Bürger über ihren eigenen Körper in hohem Maße ein und verlagert eine
1952 Impfbentscheidung von der persönlichen auf die staatliche Ebene, wo durch
1953 massiven Druck bis hin zur Entziehung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der
1954 Bürger eine Entscheidung zugunsten einer Impfbung erzwungen werden soll. Eine
1955 freie und rechtlich wirksame Impfbentscheidung ist unter diesen Umständen
1956 ausgeschlossen. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie das
1957 Selbstbestimmungsrecht dürfen auf keinen Fall angetastet werden.

1958 **Stopp aller Corona-Impfungen**

1959 Aufgrund überproportional auftretender schwerer Impfschäden, einer nur in
1960 geringen Teilen erklärbaren Übersterblichkeit, der toxischen Spikewirkung und
1961 nachgewiesener Gefäßschädigungen, die jedes Organ betreffen können, fordern
1962 wir den Stopp der Zulassung von mRNA- und vektorbasierten Corona-
1963 Injektionen durch die EU-Kommission und eine breite und öffentliche
1964 Untersuchung durch ein unabhängiges Gremium. Eine juristische Aufarbeitung
1965 der Zulassung von Corona-Injektionen durch die EU-Kommission auf
1966 Empfehlung der Europäischen Arzneimittelagentur halten wir für unabdingbar.
1967 Mittlerweile werden immer mehr warnende Stimmen aus den Bereichen von
1968 Medizin und Wissenschaft, vor allem von Gynäkologen und Pädiatern laut. Selbst
1969 aus dem Bestattungswesen werden warnende Stimmen laut! Diese Personen sind
1970 deutlich zu vernehmen und ihre Warnsignale sind ernsthaft und unabhängig zu
1971 prüfen. Um die Öffentlichkeit in die Untersuchungen einzubinden, sollen Bürger
1972 direkt beteiligt werden und besonders Corona-Impfgeschädigte von ihren
1973 Erfahrungen berichten können. Wir fordern auch die vollständige
1974 Rehabilitierung aller Bürger, die im Verlauf der Corona-Krise rechtliche
1975 Nachteile aufgrund ihrer kritischen Haltung zur staatlichen Impfpolitik erlitten
1976 haben.

1977 **Den Beruf des Heilpraktikers bewahren**

1978 Der EuGH hat das Verbot der Berufsausübung von Heilpraktikern in Österreich
1979 bestätigt und damit klargestellt, dass die Heilpraktikertätigkeit für ihn nicht
1980 schützenswert ist. Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen, dieses Berufsbild
1981 stark einzuschränken oder gar abzuschaffen.

1982

1983 Für die AfD gehört die Möglichkeit, Leistungen von Heilpraktikern in Anspruch zu
1984 nehmen, zur Selbstbestimmung des Patienten über seinen Körper und über seine
1985 persönliche Gesundheitsvorsorge. Jeder Patient soll eigenverantwortlich über die
1986 ihn jeweils betreffenden medizinischen Maßnahmen entscheiden. Eine staatliche
1987 Bevormundung in diesem höchstpersönlichen Bereich ist entschieden

1988 abzulehnen. Eine Pflicht zur Kostenerstattung durch die Träger der Gesetzlichen
1989 Krankenversicherung ist hiermit jedoch nicht verbunden.

1990 **Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal einsetzen**

1991 Bei Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite
1992 aufweisen, kann weder eine Vertrauensbasis entstehen, noch können
1993 Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden. Die
1994 Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite
1995 aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im
1996 Gesundheitswesen darstellen. Medizinisches Personal muss über gute
1997 Sprachkenntnisse verfügen und seine fachliche Qualifikation muss
1998 uneingeschränkt dem deutschen Standard entsprechen. Dem Mangel an Ärzten
1999 muss vorwiegend durch eine Vergrößerung der Studienplatzkapazitäten
2000 begegnet werden, zumal in Deutschland kein Mangel an qualifizierten
2001 Studienplatzbewerbern besteht.

2002 **Medizintechnik**

2003 Durch die vom Europäischen Parlament verabschiedete neue
2004 Medizinprodukteverordnung („Medical Device Regulation – MDR“), die
2005 unmittelbar in nationales Recht übergeht, werden die deutschen Hersteller von
2006 medizintechnischen Produkten vor enorme bürokratische Herausforderungen
2007 gestellt, die auch mit erheblichen Kosten für die Firmen (und letztlich für den
2008 Endabnehmer der Medizinprodukte) verbunden sind. Jedes bereits im Verkehr
2009 befindliche Medizinprodukt musste aufgrund der genannten Richtlinie
2010 nachträglich bis zum 22. Juli 2022 zertifiziert werden, was wohl gar nicht möglich
2011 war.

2012

2013 Zwar wurde diese Frist mittlerweile für einzelne Produktgruppen verlängert,
2014 doch für die vielen kleineren Hersteller in Deutschland (mit Schwerpunkt in
2015 Südwestdeutschland) ist der bürokratische Aufwand nicht zu bewältigen, zumal
2016 auch die Anzahl der Zertifizierungsstellen viel zu gering ist. Es ist im Interesse der

2017 vielen innovativen kleinen (und auch größeren) Medizintechnikfirmen in
2018 Deutschland, darauf hinzuwirken, dass für bereit im Verkehr befindliche
2019 Produkte ein Bestandsschutz eingeführt wird. Diese erprobten und bewährten
2020 Produkte würden dann nach einer unbürokratischen Registrierung als zertifiziert
2021 anerkannt.

2022 **Missbrauch von medizinischen Daten verhindern.**

2023 Der geplante Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) soll die Nutzung von
2024 individuellen Gesundheitsdaten für die Allgemeinheit ermöglichen. Er wäre ein
2025 weiteres bürokratisches Monstrum, birgt ein erhebliches Missbrauchspotential
2026 und eine Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. Gesundheitsdaten als
2027 auch die Gesundheit des einzelnen Menschen an sich sind kein öffentliches Gut.
2028 Sie sind ein schützenswerter Ausdruck von Individualität und verlangen äußerste
2029 Diskretion. Sie dürfen niemals Verfügungsmasse politischer und kommerzieller
2030 Begehrlichkeiten und ideologischer Interessen sein. Deshalb lehnt die AfD eine
2031 zentralistische Speicherung von Patientendaten auf EU-Ebene strikt ab.

2032

Familienpolitik

2033 Familie und Demografie

2034 Die Familie ist das Herzstück jeder Gesellschaft und steht deshalb in Deutschland
2035 unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Alle Menschen haben das
2036 Recht, ihren Familienstand frei zu wählen. Andere Formen des Zusammenlebens
2037 als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber nicht
2038 gleichzustellen. Die AfD bekennt sich in ihrer Familienpolitik zum klassischen
2039 Leitbild der Familie, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer
2040 Verantwortung für ihre Kinder sorgen. Die einzigartige und privilegierte Position
2041 von Vater und Mutter im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls und die
2042 Erziehung muss in vollem Umfang erhalten bleiben. Wir streben
2043 Chancengleichheit für Frauen und Männer an und unterstützen es, wenn
2044 Menschen traditionelle Geschlechterrollen leben.

2045 Kinder sind sinnstiftend, bereichernd und lebensnotwendig

2046 Ohne Familien mit Kindern können unsere europäischen Gesellschaften, unsere
2047 Kulturen und unsere Freiheit nicht bestehen. Daher stehen die Bedürfnisse der
2048 Kinder im Mittelpunkt unserer Familienpolitik.

2049

2050 Nicht nur Deutschland, sondern nahezu alle europäischen Staaten kämpfen mit
2051 den Folgeproblemen niedriger Geburtenraten und einer Überalterung der
2052 Gesellschaft. Viele Regierungen versuchen, den Bevölkerungsschwund durch
2053 Zuwanderung auszugleichen, obwohl dies nachweislich nicht gelingen kann und
2054 zu massiven kulturellen und sozialen Problemen beim Zusammenleben führt. Die
2055 AfD will hingegen deutlich mehr junge Paare ermutigen und unterstützen, eine
2056 Familie zu gründen und mehrere Kinder zu bekommen. Die Förderung soll
2057 deutlich über das hinausgehen, was in Frankreich, Polen und Ungarn bereits
2058 umgesetzt wird. Kinder sind Zukunft!

2059 **Eigenverantwortung der Familien stärken**

2060 Familien regeln ihre Angelegenheiten am besten selbständig und
2061 eigenverantwortlich. Nur wenn dies nicht gelingt, ist Hilfe zur Selbsthilfe zu
2062 leisten. Die AfD fordert, dass diese ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene
2063 erfolgt. Die EU ist nicht für Familienpolitik zuständig. Sie darf daher nicht in
2064 Familien hineinregieren, ihre Lebensentwürfe beeinflussen oder gar konkret
2065 durch Quoten steuern. Indem die Europäische Union gesellschafts- und
2066 familienpolitische Handlungsfelder zunehmend an sich zieht, verletzt sie das
2067 elementare Subsidiaritätsprinzip, auf das sie sich selbst verpflichtet hat. Die AfD
2068 wird sich dem energisch widersetzen. Wir lehnen jede Verknüpfung finanzieller
2069 Zuwendungen mit der Durchsetzung ideologischer Ziele strikt ab. Die
2070 Gesetzgebungskompetenz zu allen ethischen und familienpolitischen Themen,
2071 insbesondere beim Lebens-, Selbstbestimmungs-, Eheschließungs- und
2072 Scheidungsrecht, muss bei den Nationalstaaten verbleiben.

2073 **Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen**

2074 Von den Leistungen der Familien profitieren alle. Die Kosten, die Arbeit und der
2075 dafür nötige Verzicht werden allerdings weitgehend von den Familien getragen.
2076 Aufgrund dieser Gerechtigkeitslücke entscheiden sich immer weniger Paare für
2077 Kinder.

2078

2079 Der rapide Rückgang von Mehrkindfamilien in den Mittelschichten und die hohe
2080 Zahl der Kinderlosen unter den Leistungsträgern sind die Hauptgründe für die
2081 demografische Katastrophe der westlichen Gesellschaften und für den daraus
2082 folgenden Fachkräftemangel. Hinzu kommt die sehr geringe Wertschätzung
2083 gegenüber Eltern und ihrer Erziehungsarbeit durch Politik, Medien, Wirtschaft
2084 und Gesellschaft. Familien werden gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Die AfD
2085 setzt sich deshalb für nationalstaatliche Konzepte zur Verbesserung der
2086 Lebensqualität von Familien ein.

2087 **Abtreibungen müssen zur Ausnahme werden**

2088 Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Es steht dem Wunsch
2089 auf Abtreibung diametral entgegen. Ohne das Recht auf Leben kann kein anderes
2090 Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Jeder Mensch ist ab der
2091 Befruchtung ein Mensch (EuGH-Urteil C-34/10). Daher muss Abtreibung die
2092 absolute Ausnahme werden, z.B. bei kriminologischen oder bei medizinischen
2093 Indikationen.

2094

2095 Aktuell versuchen einflussreiche Gruppierungen in der EU, Abtreibung zur
2096 Normalität oder sogar zum „Menschenrecht“ zu erklären. Einige bezeichnen gar
2097 das Fehlen von Abtreibungsmöglichkeiten als „Folter“. Damit würde auch die
2098 ausgewogene Regelung des § 218 StGB in Deutschland gekippt werden. Dieser
2099 grotesken Bagatellisierung und Verharmlosung der Kindstötung wird die AfD im
2100 Europaparlament entschieden entgegentreten.

2101

2102 Die AfD lehnt jede EU-Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch
2103 die Abtreibungen forciert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter
2104 umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt
2105 erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.

2106

2107 Andererseits sind immer mehr ungewollt kinderlose Paare bereit, Geld für ein
2108 Kind zu zahlen. Bezahlte Leihmutterschaft ist jedoch eine Form von
2109 Kinderhandel. Daher lehnen wir ein „Recht aufs Kind“ und kommerzielle
2110 Leihmutterschaften ab. Adoptionen können eine Lösung für beide
2111 Problembereiche sein, sollten aber weiterhin auf nationaler Ebene geregelt
2112 werden.

2113 **Gender-Ideologie stoppen**

2114 Es ist eine biologische Tatsache und kein soziales Konstrukt, dass es genau zwei
2115 Geschlechter gibt: Frauen und Männer. Die Pseudowissenschaft der Gender-

2116 Ideologie bestreitet diese biologische Grundtatsache. Die EU muss jede Förderung
2117 dieser skandalösen Ideologie sofort beenden.

2118

2119 Den größten Schaden richtet die Gender-Ideologie bei Kindern und Jugendlichen
2120 in der Pubertät an. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung massiv
2121 beeinträchtigt und tragen in vielen Fällen dauerhafte Schäden davon. Die AfD
2122 fordert ein Verbot von "Geschlechtsumwandlungen" bei Minderjährigen sowie
2123 eine rigide Einschränkung von medikamentösen Behandlungen, z. B. mit
2124 Pubertätsblockern.

2125 **Kindergeld nach Bedarf**

2126 Allein im Jahr 2021 wurden ca. 459 Millionen Euro deutsche Steuermittel als
2127 Kindergeld ins Ausland gezahlt – unabhängig von den Lebensverhältnissen der
2128 Kinder in den Empfängerländern. Das ist ungerecht und schafft erhebliche
2129 Anreize zur Sozialmigration. Die bestehende Regelung muss durch Änderung der
2130 EU-Verordnung 883/2004 geändert werden.

2131

Bildung und Forschung

2132 Nein zum „Europäischen Bildungsraum“

2133 Obwohl das Grundgesetz festlegt, dass Bildungspolitik Ländersache ist, maßen
2134 sich der Bund und die EU immer mehr Kompetenzen im Bildungsbereich an.
2135 Diese gehen auf europäischer Ebene längst über das sinnvolle Maß, wie etwa die
2136 Organisation von Austauschprogrammen, hinaus. Dabei übernimmt die EU-
2137 Kommission häufig die ihr von verschiedenen Interessenverbänden und
2138 Lobbygruppen diktierte Agenda. Gemeinsames Ziel dieser Akteure ist die
2139 Herstellung eines weitgehend vereinheitlichten, zentralisierten „europäischen
2140 Bildungsraums“, der nicht dem humanistischen Bildungsideal folgt und in dem
2141 die Schüler nicht zu selbständigem Denken angeregt werden. Davon zeugen EU-
2142 getriebene Programme wie etwa „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE),
2143 Inklusion und Gender-Mainstreaming. Die AfD lehnt die Schaffung eines
2144 „europäischen Bildungsraums“ ab. Wir werden der EU die Kompetenzen, die sie
2145 sich im Bildungsbereich angeeignet hat oder die ihr von den Mitgliedstaaten
2146 übertragen wurden, wieder entziehen.

2147 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und 2148 Lehre wiederherstellen

2149 Auch bei der akademischen Bildung möchte die EU den europäischen
2150 Bildungsraum weiter vereinheitlichen. Damit würden sich die durch den
2151 Bologna-Prozess eingeleiteten Qualitätsabsenkungen verstetigen. Wir fordern:
2152 Deutschland muss wieder ein Land der unabhängigen Spitzenforschung werden.
2153 Der ideologische Einfluss der Politik, beispielsweise im Bereich der
2154 Klimaforschung, der Medizinforschung und der Migrationsforschung, muss
2155 vermindert werden. Wissenschaft muss die Kontroversität der fachlichen
2156 Debatte abbilden. Grundlagenforschung muss gestärkt werden.

2157

2158 Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen
2159 auszuwählen. Quotenregelungen für verbesserte Zugangsmöglichkeiten und

2160 Abschlussqualifikationen für angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte
2161 Gruppen widersprechen dem Leistungsprinzip unserer Bildungssysteme. Genau
2162 dies ist aber der Ansatz der EU-Kommission, deren ideologische Projekte, die wie
2163 Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik, das Leistungsprinzip
2164 unseres föderalen Bildungssystems aushöhlen.

2165

2166 Die AfD will das hohe wissenschaftliche Niveau der deutschen Universitäten
2167 wiederherstellen. Diplom- und Magisterstudiengänge müssen wieder möglich
2168 sein. Eine künstliche Erhöhung der Akademikerquote, wie sie die EU fordert,
2169 lehnen wir ab. Das duale Studium eröffnet qualitativ hochwertige, stark
2170 praxisorientierte und passgenaue Spezialisierungen und ist somit ein weiterer
2171 geeigneter Weg, dem Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen.

2172 **Duale Ausbildung, Meisterprüfung und duales Studium stärken**

2173 Die EU möchte bis 2025 einen "wahrhaft gemeinsamen europäischen
2174 Bildungsraum" etablieren. Es besteht die Gefahr, dass unsere erfolgreiche
2175 deutsche duale Ausbildung – ähnlich wie die akademische Ausbildung im
2176 Bologna-Prozess – entwertet wird. Das in Deutschland erfolgreiche System der
2177 dualen Ausbildung und des dualen Studiums muss erhalten bleiben und kann den
2178 übrigen europäischen Ländern als Vorbild dienen. Aus diesem Grund fordert die
2179 AfD, die in Deutschland im dualen System verliehenen Bildungsabschlüsse mit
2180 den akademischen Abschlüssen anderer europäischer Länder gleichzustellen.

2181 **"Inklusion" – aber richtig**

2182 Die Forderung der Vereinten Nationen und der EU, behinderten Kindern Teilhabe
2183 am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland mit dem
2184 Förderschulsystem erfüllt. Eine Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der
2185 Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der
2186 Förder- und Sonderschulen und für eine Inklusion mit Augenmaß ein.

2187 **Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und Jugendliche**
2188 **verhindern**

2189 Die EU fördert in einer Vielzahl von Programmen die Ideologisierung unserer
2190 Jugend ab der Kita. Wir fordern: Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort der
2191 politischen Indoktrination sein. An deutschen Bildungseinrichtungen wird durch
2192 den zunehmenden Einfluss der EU „Haltung“ statt Wissen vermittelt. Leitbild der
2193 Bildung im Sinne der Aufklärung muss jedoch der mündige Bürger mit eigenem
2194 Urteilsvermögen sein. Wir lehnen die Ökonomisierung und Ideologisierung von
2195 Bildung ab und fordern die Rückkehr zum humanistischen Bildungsideal. Die
2196 Gendersprache erschwert den Spracherwerb und das sinnerfassende Lesen in
2197 ganz Europa. Wir lehnen die unnatürliche Umgestaltung der Sprache als Mittel
2198 zur Durchsetzung der Gender-Ideologie ab. Die amtlichen Regelungen zur
2199 deutschen Rechtschreibung müssen in Bildungseinrichtungen für Lehrer und
2200 Schüler gleichermaßen verbindlich sein. Die bereits in der Kita praktizierte
2201 Gender-Ideologie entwertet das vom Grundgesetz geschützte Recht der Eltern
2202 auf Erziehung und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität und
2203 natürlichen Entwicklung.

2204 **Digitalisierung mit Verstand und Augenmaß**

2205 Mit ihrem Aktionsplan für digitale Bildung" und der "Governance der
2206 Schulbildungssysteme" versucht die EU, sich unter Verletzung des
2207 Subsidiaritätsprinzips auch hier neue Zuständigkeiten zu verschaffen. Da die
2208 Folgen eines komplett digitalisierten Unterrichts noch nicht erforscht sind,
2209 befürchten wir negative Auswirkungen für das Kindeswohl. Einen mit der
2210 Digitalisierung verbundenen Einzug von Werbung in den Unterricht lehnen wir
2211 genauso ab wie die Ökonomisierung des Bildungsprozesses oder eine
2212 Monopolisierung der Lehrmedien und deren Inhalte.

2213

2214 Der Lehrer ist und bleibt die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler; er muss
2215 deshalb die Verantwortung und Kontrolle für das Bildungsgeschehen im
2216 Klassenzimmer behalten. Dies betrifft auch den Umgang mit neuen Formen der

2217 künstlichen Intelligenz. Abzulehnen sind alle Bestrebungen, den Unterricht
2218 generell zu digitalisieren und dabei die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen
2219 Lernprozess herauszulösen.

2220 **Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und andere**

2221 Die Forschungs- und Innovationsförderungsaktivitäten der Europäischen Union
2222 werden in dem ideologisch getriebenen Programm “Horizon Europe” mit einem
2223 Etat von 95 Mrd. € über 7 Jahre allein für Horizon Europe zusammengefasst. Dazu
2224 kommen erhebliche weitere EU-Mittel, welche die Förderung unter den
2225 „Klimanachhaltigkeitsaspekt“ stellen. Behandelt werden u.A. folgende Themen:
2226 Kultur, Kreativität, inklusive Gesellschaft, Sicherheit für die Zivilgesellschaft,
2227 Klima, Energie, Mobilität, Lebensmittel, Bioökonomie. Über die Mittelzuteilung
2228 durch den politisch besetzten europäischen Wissenschafts- und Innovationsrat
2229 wird gezielt in die Wissenschaftsfreiheit eingegriffen. Politisch für besonders
2230 wichtig erachtete Themen werden darüber hinaus durch ausgerufene Missionen
2231 verfolgt, wie die Erreichung von „Klimaresilienz“ und die Gestaltung
2232 „klimaneutraler“ (z. B. autofreier) und „smarter“ Städte.

2233

2234 Die AfD steht für uneingeschränkte Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit
2235 zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Als Treiber von Innovationen
2236 sehen wir die wissenschaftliche Neugier, den wissenschaftlichen Fortschritt und
2237 die Bedürfnisse von Bürgern und Marktteilnehmern. Innovationen erwachsen
2238 nicht aus staatlichen Institutionen, die gesellschaftspolitische oder
2239 wissenschaftlich nicht begründbare Ziele verfolgen.

2240

2241 Die AfD begrüßt die internationale Zusammenarbeit, wie sie in der
2242 Wissenschaftsgemeinde gang und gäbe ist. Sie fühlt sich der Subsidiarität
2243 verpflichtet und will, wo immer möglich, die Forschungsförderung in nationaler
2244 Hoheit zu belassen.

2245 Unsere Forderungen lauten daher:

2246

2247 – Technikoffenheit und Forschungsfreiheit ohne ideologische Förderung

2248 – Europäische Forschungs- und Innovationsförderung zurückfahren, kein

2249 Nachfolgeprogramm zu HORIZON 2021, Europäischen Wissenschaftsrat

2250 auflösen

2251 – Subsidiarität respektieren: Forschungs- und Innovationsförderung in

2252 nationaler Hand oder auf Basis von bi- und multilateralen Abkommen der

2253 Mitgliedsländer

2254 – Ziel der AfD ist die Stärkung der Autarkie der Mitgliedsstaaten der EU in

2255 Schlüsselindustrien (Wehrtechnik, Energieversorgung, Mobilität,

2256 Digitalisierung inkl. Kryptografie, Gesundheits- und

2257 Nahrungsmittelversorgung) sowie eine Diversifizierung der

2258 Grundlagenforschung

2259 – Marktverzerrungen beenden, Technikverbote (Verbrennungsmotor, Öl-

2260 /Gasheizung) abschaffen

2261

2262 Zu den Ausnahmen, die wir sinnvollerweise im Wege internationaler

2263 Zusammenarbeit angehen wollen, gehören Großprojekte wie das europäische

2264 Raumfahrtprogramm, die Aktivitäten von Euratom zur Forschung an

2265 fortschrittlichen Kernkraftwerken und die Fusionsforschung.

2266

Kulturpolitik

2267

2268 Der kulturelle Reichtum Europas liegt in der Vielfalt seiner Traditionen, Sprachen
2269 und Regionen. Die Kulturpolitik der EU verfolgt – gemeinsam mit UN-
2270 Institutionen und Nichtregierungsorganisationen das Ziel, diese europäische
2271 Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen. Durch
2272 Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und
2273 Geschlechtergerechtigkeit sorgt man nicht nur für Quoten in der
2274 Kulturförderung, sondern erzeugt auch einen ideologischen Konformitätsdruck.
2275 Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die
2276 europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt sind, wird von der
2277 EU vorangetrieben. Das sorgt für ein repressives kulturelles Klima im Sinne einer
2278 immer rigideren „politischen Korrektheit“ und für „Cancel Culture“ gegenüber
2279 allen abweichenden Positionen. Darüber hinaus trägt die Unterordnung der
2280 europäischen Kulturpolitik unter die Ziele des „Green Deal“ zur Ideologisierung
2281 des Kulturlebens bei. Die AfD stellt sich diesen Bestrebungen strikt entgegen und
2282 hält auch in kultureller Hinsicht an einem Europa der Nationen fest.

2283 Kulturhoheit der Nationen verteidigen

2284 Die AfD vertritt den Gedanken der Subsidiarität. Kulturpolitik ist in Deutschland
2285 Angelegenheit der Bundesländer und muss sich entwickeln können. Die
2286 millionenschweren kulturellen Rahmenprogramme der EU führen zu einer
2287 ideologischen Gängelung, die auf die „Vereinigten Staaten von Europa“
2288 hinarbeitet und die nationalen Leitkulturen aushöhlt.

2289 Kulturerbe bewahren

2290 Die AfD setzt sich für den Erhalt und die Pflege des deutschen und europäischen
2291 Kulturerbes ein. EU-Mittel sollten nur für Notfälle bereitgestellt werden, um
2292 einen Verlust von Kulturgut zu verhindern. Den derzeit herrschenden Zwang zur
2293 Kooperation zwischen verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, um an Fördermittel
2294 zu gelangen, lehnen wir ab. Die Mittelvergabe darf nicht an Rahmenvorgaben der

2295 politischen Korrektheit, etwa an Auflagen des „Gender-Mainstreaming“ oder
2296 „Diversity“-Vorgaben, gebunden werden.

2297 **Keine Schuld- und Schamkultur**

2298 Der europaweit grassierenden Tendenz, die Kolonialgeschichte der europäischen
2299 Nationen als Verbrechen Geschichte zu erzählen, setzt die AfD eine differenzierte
2300 Sicht auf die deutsche und europäische Kolonialzeit entgegen. Die Schuld- und
2301 Schamkultur, wie sie die postkolonialistische Ideologie in ganz Europa etablieren
2302 will, wird den historischen Tatsachen nicht gerecht. Wir lehnen sie deshalb ab.
2303 Straßenumbenennungen, Denkmalstürze oder gar eine „Entkolonialisierung“
2304 unseres Denkens und Sprechens entspringen nicht „historischer Gerechtigkeit“,
2305 sondern einem anti-europäischen, oft auch „anti-weißen“ Affekt. Ihm stellen wir
2306 ein selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte – mit all ihrem Licht und
2307 Schatten – entgegen. Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext sehen wir
2308 nur in wenigen Ausnahmefällen für begründet an, es darf nicht zur Regel werden.

2309 **Für Freiheit und Unabhängigkeit der sozialen Medien**

2310 Ein freier, vom Staat unabhängiger Journalismus sowie die Möglichkeit für jeden
2311 Bürger, sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen frei in den sozialen Medien
2312 äußern und mit anderen austauschen zu können, sind unabdingbare
2313 Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Daher lehnt die AfD alle
2314 Bestrebungen der EU ab, Kontrolle über die Medien auszuüben, Medienangebote
2315 Dritter zu zensieren oder die Meinungsfreiheit zu beschränken, wie sie in
2316 Initiativen wie dem „European Democracy Action Plan“, dem „Digital Service Act“
2317 oder dem sogenannten „Medienfreiheitsgesetz“ zum Ausdruck kommen.
2318 Insbesondere treten wir allen Versuchen der EU entgegen, eine europaweite
2319 Medienaufsicht und -regulierung an den nationalen Zuständigkeiten vorbei zu
2320 etablieren.